

Achte Sitzung – Huitième séance

Mittwoch, 9. Juni 2010

Mercredi, 9 juin 2010

08.00 h

10.054

Finanzkrise und Herausgabe von UBS-Kundendaten an die USA. Bericht der GPK

Crise financière et transmission de données clients d'UBS aux Etats-Unis. Rapport des CdG

Erstrat – Premier Conseil

Bericht GPK-NR/SR 30.05.10 (BBI)

Rapport CdG-CN/CE 30.05.10 (FF)

Nationalrat/Conseil national 09.06.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.10 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

10.401

Parlamentarische Initiative Büro-NR. Finanzkrise/UBS. Einsetzung einer PUK

Initiative parlementaire Bureau-CN. Crise financière/UBS. Institution d'une CEP

Vorprüfung – Examen préalable

Einreichungsdatum 05.02.10

Date de dépôt 05.02.10

Bericht Büro-NR 03.06.10

Rapport Bureau-CN 03.06.10

Nationalrat/Conseil national 03.06.10 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Nationalrat/Conseil national 09.06.10 (Vorprüfung – Examen préalable)

Bericht Büro-SR 10.06.10

Rapport Bureau-CE 10.06.10

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.10 (Vorprüfung – Examen préalable)

10.401

Antrag der Mehrheit

Der Initiative Folge geben

Antrag der Minderheit

(Huber, Engelberger, Gadiant, Germanier)

Der Initiative keine Folge geben

Proposition de la majorité

Donner suite à l'initiative

Proposition de la minorité

(Huber, Engelberger, Gadiant, Germanier)

Ne pas donner suite à l'initiative

Präsidentin (Bruderer Wyss Pascale, Präsidentin): Es handelt sich hier um parlamentarische Geschäfte, die ohne An-

wesenheit des Bundesrates beraten werden. Der Bundesrat lässt ausrichten, dass er den Bericht der GPK beider Räte zur Kenntnis genommen hat. Am 4. Juni dieses Jahres hat er entschieden, den Bericht in mehreren Schritten zu analysieren, hat bereits erste Aufträge im Hinblick darauf erteilt und hat dem Parlament seine Stellungnahme bis zum Herbst dieses Jahres in Aussicht gestellt.

Eichenberger-Walther Corina (RL, AG), für die Kommission: Ich spreche zuerst über die Arbeitsweise und die Grenzen der Inspektion der Geschäftsprüfungskommissionen und nehme alsdann Stellung zu einigen Schwerpunkten des Berichtes und zu Reaktionen darauf.

Aufgrund des gesetzlichen Auftrags der parlamentarischen Oberaufsicht, der sowohl für die GPK als auch für eine allfällige PUK gilt, beschränkte sich die Untersuchung der GPK auf das Verhalten der Bundesbehörden, insbesondere das Verhalten des Bundesrates, der Verwaltung, der damaligen Eidgenössischen Bankenkommision (EBK) bzw. der heutigen Finanzmarktaufsicht (Finma) und der Schweizerischen Nationalbank. Nicht Gegenstand der Untersuchung konnte das Verhalten der UBS in den USA und in der Schweiz sein, insbesondere nicht das Verhalten der Verantwortlichen in der Führung der UBS. Eine weitere Grenze lag für die GPK in der Beachtung des Prinzips der Gewaltenteilung. Rechtliche Fragen, die einer richterlichen Prüfung unterliegen, waren demnach nicht Gegenstand der Untersuchung.

In sachlicher Hinsicht war die Untersuchung der GPK begrenzt auf das Behördenverhalten bei der Bewältigung der Finanzmarktkrise und, darin eingeschlossen, der Schnürung des Massnahmenpaketes sowie auf das Handeln im Zusammenhang mit der Übergabe der Kundendaten der UBS an die amerikanischen Behörden, und zwar bis zur letzten für die Untersuchung relevanten Handlung der Finma vom 18. Februar 2009. Im Vordergrund standen in diesem Zusammenhang die Feststellung und die Analyse von systemrelevanten Mängeln und Schwachstellen, unter anderem im Bereich der Früherkennung von Krisen und der Wahrnehmung der Führungsverantwortung. Für die Bewältigung der Finanzmarktkrise stand demnach der Zeitraum zwischen dem Frühjahr 2007 und Oktober 2008 im Vordergrund, für die Cross-Border-Affäre der Zeitraum von Ende 2007 bis zur Übergabe der Daten am 18. Februar 2009.

In dreissig Sitzungen hat die Arbeitsgruppe beider GPK sechzig Anhörungen von Vertretern der betroffenen Behörden, externen Experten und ehemaligen und aktuellen Vertretern der UBS durchgeführt. Alle Bundesratsmitglieder, die im Untersuchungszeitraum im Amt waren, wurden – teilweise mehrfach – befragt. Die Befragungen seien hart, aber fair gewesen, sagte ein Mitglied des Bundesrates im Nachhinein.

Zu Beginn der Untersuchung weigerte sich der Bundesrat, die geforderten Informationen aus den Bundesratssitzungen sowie die Mitberichte, also Informationen, die direkt der Entscheidungsfindung des Bundesrates dienten, der Arbeitsgruppe zugänglich zu machen. Dies führte zu beträchtlichen Verzögerungen. Unter dem zunehmenden politischen Druck erhielt die Arbeitsgruppe schliesslich vollständige Einsicht in alle von ihr gewünschten, mit den Untersuchungsgegenständen zusammenhängenden Dokumente. Die einzelnen Anhörungen vervollständigten schliesslich diese Informationen. Die systematische Sachverhaltsfeststellung wurde auch dadurch erschwert, dass der Bundesrat über mehrere Monate seine Sitzungen in Bezug auf die UBS nicht schriftlich dokumentiert hatte. Deshalb mussten die Diskussionen des Bundesrates aus einer chronologischen Auflistung der Tatsachen durch die Bundeskanzlei nachvollzogen werden, soweit dies möglich war. Die Informationslücken wurden in den Anhörungen durch Fragen und durch die Konfrontation mit Widersprüchen so weit gefüllt, wie sie überhaupt gefüllt werden konnten. Deshalb waren auch mehrfache Befragungen von Personen notwendig.

Auch wenn im Nachhinein immer festgestellt werden kann, dass gewisse Punkte hätten vertieft werden können, erhielt die Arbeitsgruppe schliesslich einen tiefen und detaillierten

Einblick in die Tätigkeit der involvierten Behörden, sodass die notwendigen politischen Folgerungen gezogen werden konnten, welche in 19 Empfehlungen, 5 Motionen und 2 Postulate mündeten. Ich fasse die materiellen Schlüsse aus dem Bericht kurz zusammen:

Zuerst zum Behördenverhalten in der Finanzkrise: Die Schweizerische Nationalbank hat gut gearbeitet, früh Vorkehrungen getroffen, Szenarien entwickelt und auch früh genug mit der Eidgenössischen Bankenkommission zusammen die Aufsicht verstärkt. Die Zusammenarbeit zwischen der Nationalbank und der Bankenkommission ist über ein Memorandum of Understanding institutionalisiert, die Vorgänge in einer Krisensituation und die Einsatzverantwortung sind genau festgelegt. Es gibt Krisenleitlinien und einen dazugehörigen Ausschuss. Nachteilig wirkte sich in diesem Zusammenhang aus, dass sowohl die Nationalbank wie auch die Bankenkommission auf Informationen der UBS angewiesen waren und die UBS die Lage sehr lange unterschätzte. Zur künftigen Vermeidung solcher Situationen, als Aufforderung zu einer kritischeren Auseinandersetzung mit Informationen und zur Verbesserung der Aufsichtsinstrumente haben die GPK hinsichtlich der Aufsicht und Kontrolle etliche Empfehlungen und Vorstösse lanciert; ich verweise auf die Empfehlungen 2, 3, 4, 5, 6 und 10.

In der Krisenorganisation ist festgelegt, dass das Eidgenössische Finanzdepartement die Führung übernimmt, wenn ein Eingreifen des Bundes wahrscheinlich wird. Die Krisenorganisation sieht aber keine spezifische Rolle des Bundesrates im Krisenmanagement vor. Der Vorsteher des Finanzdepartementes war von der Finanzverwaltung, der Nationalbank und der Bankenkommission gut über die sich verschärfende Entwicklung bei der UBS unterrichtet und bereitete mit den Behörden Notfallszenarien vor. Nach einer Kurzinformation im April orientierte der Vorsteher des Finanzdepartementes den Bundesrat erst wieder am 19. September 2008, nach seinen Angaben aufgrund der Börsenrelevanz der Entwicklung. In Anbetracht des massiven Eingreifens des Staates zur Rettung einer Bank zogen die GPK den Schluss, dass der Bundesrat früher hätte involviert werden müssen, damit eine Diskussion über die Lösungen hätte geführt werden können, auch wenn das Massnahmenpaket, das schliesslich geschnürt wurde, eine gute Lösung brachte und international grosse Anerkennung geniesst. Ein Frühwarnsystem im Bundesrat war nicht ersichtlich, ebenso wenig Strategien und Strukturen zur Krisenbewältigung.

Dasselbe Bild zeigte sich im grenzüberschreitenden Geschäft der UBS mit den USA. Der Vorsteher des Finanzdepartementes orientierte den Bundesrat an der Sitzung vom 19. September erstmals über die zunehmenden Schwierigkeiten in diesem Dossier; das ist aus den Dokumenten und Protokollen ersichtlich. Ich äussere mich nicht weiter über den Sachverhalt; er sollte eigentlich bekannt sein. Es zeigte sich in diesem wie auch im ersten Fall, dass die Arbeitsweise des Bundesrates in solch gravierenden Krisensituationen verbessert werden muss: Es fehlte an der Entwicklung von Lösungsszenarien, und die Behörden setzten zu lange auf die Lösung über ein Amtshilfeverfahren. Es zeigte sich auch, dass die Stellvertretung im Bundesrat verbessert werden muss. Sie hat in einem Fall gut funktioniert, im andern Fall nicht. Im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit und der Arbeitsweise des Bundesrates haben die beiden GPK die Empfehlungen 1, 8, 9 und 12 bis 18 formuliert.

Die Einsicht in die Diskussionsnotizen des Bundesrates hat ergeben, dass das Vertrauen für die Weitergabe vertraulicher Informationen nicht vorhanden ist und dass Anträge, Informationen und Mitberichte aus Diskretionsgründen oft im letzten Moment verteilt werden. Es fehlt ein Klima, das offene Diskussionen ermöglicht. Wie die Vertraulichkeit in der Arbeitsweise als Kollegium gewahrt wird, zeigte sich übrigens gerade in der Vorgehensweise einzelner Bundesräte am letzten Wochenende. Der Bundesrat nahm zuerst als Kollegium zum Bericht Stellung, alsdann liessen einzelne Bundesräte verlauten, sie hätten Stellungnahmen und Mitberichte abgegeben, die im Bericht nicht berücksichtigt worden seien. Tatsache ist jedoch, dass die beiden GPK im Be-

sitz all jener Mitberichte sind, welche für den Untersuchungsgegenstand und den Untersuchungszeitraum relevant sind. Die Mitberichte dienten vorab dazu zu klären, ob ihr Inhalt in der jeweiligen Bundesratssitzung effektiv zur Sprache kam bzw. durch die Vorsteherin oder den Vorsteher des jeweiligen Departementes im Kollegium vertreten wurde. Die beiden GPK erhielten vom Bundesrat und in einem Fall direkt von einem Departement auch Mitberichte, die für die Untersuchung in Sachen Datenübermittlung durch die Finma entweder bezüglich des Untersuchungszeitraums oder bezüglich des Inhalts nicht relevant waren.

Die beiden GPK verabschiedeten den Bericht einstimmig, d. h. ohne Gegenstimme, und mit wenigen Enthaltungen. Die GPK des Nationalrates diskutierte an ihrer Schlussitzung auch eingehend eine Empfehlung zur Einsetzung einer Untersuchungskommission, lehnte aber eine solche Empfehlung mit 13 zu 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab. In der ständerrätlichen GPK erfolgte die Ablehnung der Empfehlung mit 8 zu 1 Stimmen ohne Enthaltungen.

Schliesslich möchte ich einen Dank an die Kolleginnen und Kollegen der Arbeitsgruppe aussprechen, vor allem auch einen grossen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sekretariats der beiden GPK, die einen enormen Einsatz leisteten, zum Teil Tag und Nacht und auch an Wochenenden.

Veillon Pierre-François (V, VD), pour la commission: En mars 2009, les Commissions de gestion du Conseil national et du Conseil des Etats ont décidé d'ouvrir une enquête sur UBS à la suite de deux événements: le sauvetage de cette banque réalisé par la Confédération en octobre 2008 et la transmission aux autorités judiciaires américaines de données de clients américains de la banque, clients soupçonnés de fraude fiscale. Compte tenu de l'importance de cette enquête, les Commissions de gestion ont décidé d'en confier l'exécution à un groupe mixte formé de douze parlementaires, six issus du Conseil national et six issus du Conseil des Etats. Le rapport final a été examiné le 30 mai dernier par les commissions plénières réunies à Thoune. Il a été approuvé sans avis contraire, avec 3 abstentions dans les rangs de la Commission de gestion du Conseil national.

Le mandat de cette inspection est celui dévolu à la haute surveillance parlementaire telle que définie dans la loi sur le Parlement, à savoir le contrôle de la gestion du Conseil fédéral et de l'administration fédérale, des tribunaux et des autres organes auxquels sont confiées des tâches de la Confédération. Cela signifie en particulier que le comportement d'UBS et celui des autorités américaines n'entrent pas dans le champ de l'examen, tout comme l'influence des acteurs privés, en particulier UBS, dans le déclenchement de la crise. Les Commissions de gestion n'en ont tenu compte que dans la mesure où cela était nécessaire pour évaluer le comportement des autorités suisses.

Je mentionnerai encore un point, relatif au travail des Commissions de gestion. La haute surveillance parlementaire n'a pas pour but de déterminer les responsabilités individuelles des membres de l'autorité au coeur de l'examen mais vise principalement à tirer des enseignements pour permettre aux autorités concernées d'améliorer leur gestion. Ainsi, le présent rapport sur UBS s'attache essentiellement à identifier et à analyser les lacunes et les dysfonctionnements du système, en particulier en ce qui concerne la détection précoce des crises et les tâches des directions.

S'agissant de la période d'examen et de la structure du rapport, la première partie du rapport est consacrée à la détection précoce et à la gestion par les autorités suisses de la crise financière. La période d'examen va du printemps 2007, soit à partir du moment où les premiers effets de la crise des marchés financiers ont été perçus à l'étranger, jusqu'en octobre 2008, c'est-à-dire jusqu'au moment où la Confédération a décidé un train de mesures pour le sauvetage d'UBS. La deuxième partie du rapport est consacrée à l'affaire fiscale entre UBS et les Etats-Unis. Elle couvre la période qui va de fin 2007, soit à partir du moment où la Commission fédérale des banques a reçu une première demande d'infor-

mation sur UBS de la part de la SEC, c'est-à-dire l'organe américain de surveillance de la régularité des opérations boursières, jusqu'au 18 février 2009, date à laquelle la FINMA a ordonné la transmission aux autorités américaines de données relatives à certains clients d'UBS.

S'agissant de l'approche méthodologique, les Commissions de gestion ont fondé le présent rapport sur de nombreuses informations de provenances les plus diverses. Les Commissions de gestion ont procédé à 60 auditions de représentants de toutes les autorités concernées, d'experts indépendants ainsi que de représentants de l'ancienne et de l'actuelle directions d'UBS. Certaines personnes ont été entendues à plusieurs reprises. Un grand nombre de documents ainsi que des rapports publiés ou non publiés ont été remis par les parties.

S'agissant du droit à l'information, il faut préciser que le Conseil fédéral s'est, durant le second semestre 2009, opposé à plusieurs reprises aux demandes d'information des Commissions de gestion, retardant ainsi le déroulement de l'enquête. C'est sous la pression, en particulier celle de l'institution d'une commission d'enquête parlementaire, que le Conseil fédéral a finalement accepté d'octroyer aux Commissions de gestion l'accès aux informations dont elle avait besoin.

A partir de ce moment-là, les commissions ont eu accès à tous les dossiers qu'elles avaient souhaité consulter dans le cadre de cet examen. Ceci comprend en particulier les décisions et les «documents verts» du Conseil fédéral, soit les documents de travail, les corapports et les protocoles. Le chef du Département fédéral des finances et la cheffe du Département fédéral de justice et police nous ont aussi fait parvenir leurs dossiers personnels sur cette affaire.

S'agissant des résultats: dans le cadre de leur mandat, les Commissions de gestion ont pu mener toutes les investigations nécessaires et approfondir toutes les questions qu'elles se posaient. Le résultat est un constat complet, s'agissant en particulier de la détection précoce de la crise, de la solution retenue pour le sauvetage d'UBS, du fonctionnement de la FINMA et des tâches de direction du Conseil fédéral.

On peut résumer très brièvement le constat des Commissions de gestion de la manière suivante.

La crise financière: celle-ci n'a pas été détectée à temps. La solution retenue pour recapitaliser UBS était bonne, aussi en comparaison internationale. Il faut souligner ici le rôle de la Banque nationale suisse dans la préparation de cette solution.

La FINMA: cette dernière a pris de bonnes initiatives, en particulier dans le suivi du dossier de transmission des données fiscales de clients UBS aux Etats-Unis. Mais la FINMA a manqué d'indépendance à plusieurs égards vis-à-vis d'UBS.

Le Conseil fédéral: à titre de collège, le Conseil fédéral est absent du dossier concernant la crise financière. Toujours à titre de collège, le Conseil fédéral a été informé beaucoup trop tard du caractère sensible et politique de cette affaire fiscale qui regroupait des questions interdépartementales de relations internationales avec les Etats-Unis, de conflit juridique entre les deux Etats et d'application d'une convention de double imposition. Ce défaut d'information a réduit considérablement la marge de manœuvre du Conseil fédéral.

A titre individuel, le chef du Département fédéral des finances avait la «Federführung» de ces deux dossiers et porte une responsabilité particulière dans le non-fonctionnement du Conseil fédéral à titre de collège.

Il convient aussi de citer les chefs du Département fédéral des affaires étrangères et du Département fédéral de justice et police, qui avaient beaucoup d'informations sur l'évolution de cette affaire fiscale et qui, de leur propre initiative, ne les ont jamais fait remonter jusqu'au Conseil fédéral.

Dans cette affaire UBS, le principe départemental qui prévoit qu'un dossier soit préparé dans le département de référence et ne «monte» au Conseil fédéral que pour décision a dépassé ses limites.

Au terme de leur enquête, les Commissions de gestion font 18 recommandations au Conseil fédéral, soumettent 1 recommandation conjointement à UBS et au Conseil fédéral et déposent 5 motions et 2 postulats à l'Assemblée fédérale. Le but de ces propositions est de tirer des leçons de ces dysfonctionnements et de changer ce qui doit l'être.

Les Commissions de gestion adressent également une recommandation conjointement au Conseil fédéral et à UBS. Cette recommandation rappelle UBS à ses devoirs. Les commissions sont conscientes que cette dernière recommandation dépasse le cadre de leurs compétences. Mais elles ne peuvent s'empêcher de constater qu'il existe toujours, dans le public, un besoin important de transparence concernant les activités internes de la banque et les responsabilités.

Enfin, j'aimerais pour conclure exprimer notre reconnaissance et nos remerciements, au nom des Commissions de gestion, à toute l'équipe du secrétariat desdites commissions pour son engagement tout au long de cette longue enquête UBS.

Graf-Litscher Edith (S, TG), für die Kommission: Auf welcher Basis beruht der Entscheid des Büros des Nationalrates? An seiner Sitzung vom 5. Februar 2010 beschloss das Büro mit 9 zu 4 Stimmen, eine parlamentarische Initiative zur Einsetzung einer PUK auszuarbeiten. Die Initiative verlangt die Einsetzung einer PUK, welche die Amtsführung von Bundesrat, Bundesverwaltung und Finma sowie die Entscheide der Schweizerischen Nationalbank bei der Überwachung und Regulierung des Finanzsektors überprüft. Wichtig dabei ist, dass die Tätigkeit der PUK auf den Resultaten der Abklärungen der beiden GPK aufbauen soll. Das heisst, dass die Arbeit nicht bei null beginnen, sondern aufbauend erfolgen soll.

Das Büro des Ständerates beschloss am 3. März 2010, den Entscheid betreffend Zustimmung zur Ausarbeitung einer parlamentarischen Initiative zu sistieren und erst nach Vorliegen des Schlussberichtes der beiden GPK zu fällen. Nach Einsicht in den Schlussbericht vom 30. Mai 2010 entschied es an seiner Sitzung vom 1. Juni mit 4 zu 1 Stimmen, die für die Ausarbeitung der Vorlage nötige Zustimmung zu verweigern. Das Büro des Ständerates erachtet die Einsetzung einer PUK also als unnötig.

Gemäss Artikel 109 Absatz 3 des Parlamentsgesetzes hatte das Büro des Nationalrates an seiner Sitzung vom 3. Juni 2010 somit zu entscheiden, ob es das Verfahren abschliessen oder seinem Rat beantragen sollte, der Initiative Folge zu geben. Mit 7 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschloss es, an der parlamentarischen Initiative festzuhalten. Die Mehrheit des Büros beantragt Ihnen, der Initiative Folge zu geben. Aus ihrer Sicht haben die Ereignisse im Zusammenhang mit der Finanzkrise bei der Überwachung und Regulierung des Finanzsektors eine solche Dimension angenommen, dass einzig eine für Vorkommnisse von grosser Tragweite vorgesehene PUK restlose Aufklärung bringen kann.

Die Mehrheit des Büros würdigt die umfangreiche Untersuchung beider GPK und die daraus resultierenden Erkenntnisse und Empfehlungen. Der GPK-Bericht kann aber naturgemäss eine Reihe von Fragen nicht befriedigend beantworten, weil viele hierfür notwendige Unterlagen, wie etwa Protokolle der massgeblichen Bundesratssitzungen, schlicht fehlen, weil das Mandat der Arbeitsgruppe zu eng gefasst war und die Ressourcen in finanzieller und zeitlicher Hinsicht zu knapp waren. Es braucht eine PUK, welche als stärkstes Untersuchungsinstrument die gefällten Entscheide minutiös durchleuchtet.

Aufgrund der politischen und finanziellen Dimension der UBS-Affäre können es sich weder die Schweiz noch die Beteiligten leisten, dass zentrale Fragen offenbleiben. Der GPK-Bericht ist zwar von guter Qualität und liefert viele interessante Details, jedoch vermag das umfangreiche Werk vier zentrale, sehr entscheidende Fragen nicht zu beantworten, was ja auch die Sprecherin der GPK soeben dargelegt hat:

1. Der Bericht zeigt zwar die Abhängigkeiten auf, beleuchtet aber die Hintergründe dieser Abhängigkeiten zu wenig.

2. Insbesondere bleibt unklar, wie stark der Einfluss der UBS auf das Finanzdepartement und auf die Finma war.

3. Die GPK konnte die Rolle der UBS nicht untersuchen. So bleiben auch Herr Ospel und weitere Mitglieder der alten UBS-Führungsrige unbehelligt.

4. Damit bleiben aber auch die genauen Umstände der UBS-Rettung im Oktober 2008 sowie die genauen Umstände des Bundesratsentscheids zur Datenübermittlung unbeleuchtet.

Zur Klärung dieser zentralen Fragen braucht es mehr: Es braucht die finanziellen, rechtlichen und politischen Mittel, über die in der Schweiz nur eine PUK verfügen kann. Der Entscheid der Mehrheit des Büros basiert auch auf einem ganz zentralen Punkt: dem erhöhten Informationsrecht einer PUK. Nur eine PUK hat, dies im Gegensatz zur GPK, die Möglichkeit, Personen als Zeugen zu befragen und Informationen, die der unmittelbaren Entscheidungsfindung des Bundesrates dienen, einzusehen.

Eine Minderheit des Büros beantragt Ihnen, der Initiative keine Folge zu geben. Die Minderheit wird Ihnen ihre Argumente im Anschluss an diese Ausführungen selber darlegen.

Das Büro beantragt Ihnen mit 7 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen, der Initiative Folge zu geben. Ich bitte Sie, der Mehrheit des Büros zu folgen.

Parmelin Guy (V, VD), pour la commission: Il faut rappeler en préambule l'historique des faits. La crise financière a eu de nombreuses conséquences, tant sur le plan international qu'intérieur. Couplée aux ennuis judiciaires qui ont frappé UBS aux Etats-Unis, elle a conduit à des interventions du Conseil fédéral, de l'administration fédérale, de la FINMA ainsi que de la Banque nationale suisse à différents niveaux en vue d'empêcher que l'économie et le secteur financier de notre pays ne subissent des dommages catastrophiques et que cela pénalise collatéralement tous nos concitoyens. C'est l'ensemble de ces événements qui ont conduit entre autres les Commissions de gestion du Parlement à se saisir de ces questions et à diligenter une enquête approfondie sur le sujet.

Le 5 février dernier, le Bureau du Conseil national a décidé de rédiger une initiative parlementaire visant à l'institution d'une commission d'enquête parlementaire. Il l'a fait après avoir auditionné le président du groupe de travail des Commissions de gestion, Monsieur Pierre-François Veillon, le représentant du groupe socialiste au sujet de son initiative parlementaire qui réclamait aussi la création d'une CEP, Monsieur Paul Rechsteiner ainsi que la représentante du Conseil fédéral, Madame la présidente de la Confédération Leuthard, ceci conformément à l'article 167 de la loi sur le Parlement.

Du point de vue de la majorité du Bureau, seule une CEP, avec ses pouvoirs d'investigation et d'audition très étendus, était à même d'aller au fond des choses en déterminant les responsabilités de chacun et devait pouvoir répondre aux très nombreuses questions soulevées par des événements aussi graves que par exemple la remise de dossiers de clients d'UBS aux Etats-Unis ou encore la conclusion de l'accord du 19 août entre la Suisse et les Etats-Unis, pour ne citer que quelques cas.

Sollicité pour donner son aval à la poursuite de cette procédure visant à la mise sur pied de cette commission d'enquête parlementaire, le Bureau du Conseil des Etats a décidé d'attendre les conclusions du groupe de travail des Commissions de gestion, ce qui a automatiquement suspendu la procédure.

Le rapport final des Commissions de gestion a été rendu public à la fin du mois de mai et le Bureau du Conseil des Etats a établi dans sa séance du 1er juin que le travail considérable et très minutieux des Commissions de gestion sur la question était suffisant. Ainsi, il a préavisé de manière défavorable l'institution d'une CEP, ne voyant pas les possibilités que cette dernière aurait d'aller encore plus à fond dans

l'étude de ce dossier. Ce faisant, il a renvoyé la balle dans le camp du Bureau du Conseil national qui devait à son tour statuer en proposant soit de clore la procédure soit d'inviter le plénum du Conseil national à donner suite à cette initiative.

Dans sa séance du 3 juin dernier, le Bureau du Conseil national, par 7 voix contre 4 et 2 abstentions, a décidé de donner suite à l'initiative parlementaire et de vous recommander d'accepter l'institution d'une commission d'enquête parlementaire. La majorité du Bureau salue elle aussi le travail considérable entrepris par les Commissions de gestion ainsi que les recommandations qui en découlent. Elle est aussi d'avis qu'il faudra en tirer le maximum d'enseignements pour le futur. Mais elle estime que des documents essentiels n'ont pas été accessibles à tous les membres des Commissions de gestion. Elle est notamment d'avis qu'une analyse plus approfondie des événements ayant conduit à la livraison de données de clients d'UBS aux autorités américaines ainsi qu'à la conclusion en août 2009 de l'accord Suisse-Etats-Unis doit être menée. De son point de vue, il est essentiel d'étudier minutieusement les relations existant entre le Conseil fédéral, les autorités de surveillance des banques et la place financière. L'arrêt du Tribunal administratif fédéral a déclenché en outre une véritable crise institutionnelle en montrant des conceptions diamétralement divergentes quant à la conception même de l'Etat de droit, d'un côté entre l'exécutif et la FINMA et, de l'autre, entre l'exécutif et le pouvoir judiciaire. Seule une CEP, dans de telles circonstances, est à même de clarifier cette situation d'une gravité extrême sur le plan politique.

C'est entre autres pour ces raisons importantes que la majorité du Bureau vous invite à donner suite à cette initiative parlementaire visant à l'instauration d'une CEP chargée d'enquêter sur l'action du Conseil fédéral, de l'administration fédérale, de l'autorité de surveillance des marchés financiers ainsi que sur les décisions de la Banque nationale suisse relatives à la surveillance et à la régulation du secteur financier. Je vous rappelle le vote du Bureau, qui vous recommande de donner suite à cette initiative parlementaire par 7 voix contre 4 et 2 abstentions.

Huber Gabi (RL, UR): Zunächst eine Vorbemerkung: Die Minderheit von heute ist die gleiche Minderheit, die sich in der Frühjahrssession dafür aussprach, vor Diskussionen über eine PUK das Ergebnis der Arbeiten der GPK abzuwarten. Dass das richtig war, bestreitet heute nicht einmal mehr die Mehrheit des Nationalratsbüros.

Warum beantragen wir Ihnen, der Initiative keine Folge zu geben? Es gibt verschiedene Gründe. Die GPK des Ständes und des Nationalrates haben einen umfassenden, differenzierten und kritischen Bericht zum Verhalten der Behörden und der Nationalbank in der internationalen Finanzkrise und bei der Herausgabe von UBS-Kundendaten an die USA präsentiert. Es ist dies das Resultat einer fünfzehnmönatigen Arbeit. Die GPK haben mehrfach bestätigt, und ihr Sprecher, Herr Veillon, hat es heute wiederholt, dass ihnen der Bundesrat sämtliche relevanten Unterlagen zur Verfügung gestellt hatte. Man kann jetzt schon noch einmal alle Leute dasselbe fragen, einfach in Zeugenqualität, aber das wird keine neuen Erkenntnisse bringen. Auch die GPK selbst sind der Auffassung, dass eine PUK keine neuen Erkenntnisse an den Tag bringen könnte.

Im Nationalratsbüro wurde seitens der Mehrheit argumentiert, insbesondere die Empfehlungen 10 und 19 der GPK sprächen für eine PUK. Da geht es um die Rolle der UBS und ihrer damaligen Chefetage. Inzwischen sollte hinlänglich bekannt sein, dass in diesen Fragen auch eine PUK nicht mehr herausholen kann, weil eine parlamentarische Kommission nur die bundeseigenen Institutionen, nicht aber private Unternehmen untersuchen kann. Immerhin scheint die UBS die Empfehlung 19 bereits zur Kenntnis genommen zu haben und sie auch ernst zu nehmen. Offenbar sind bereits Briefe an die GPK und den Bundesrat geschrieben worden. Ein weiteres Argument der Mehrheit des Büros war, es brauche jetzt eine politische Würdigung. Das stimmt. Dazu brau-

chen wir aber keine PUK; es wäre vielmehr angezeigt, sich möglichst rasch der Problemlösung zuzuwenden, sich mit den Empfehlungen und Vorstössen der GPK sachlich auseinanderzusetzen und zügig die nötigen Änderungen einzuleiten. Eine PUK ist nicht nötig, weil die beiden GPK Zugang zu sämtlichen Dokumenten hatten, sodass nichts Neues ausgewertet werden könnte, und weil die Lücken, die tatsächlich noch bestehen, nur von der UBS gefüllt werden können.

Eine PUK würde in erster Linie einer beliebten Tätigkeit der Schweizer Politik frönen, nämlich der Selbstzerfleischung. Obwohl die Schweiz die Finanzkrise im internationalen Vergleich relativ gut bewältigt hat, wird sie weiterhin einem extremen Druck des Auslands ausgesetzt sein, und hier will man einen Schaukampf veranstalten. Das Land und seine Politiker sollten jetzt aber zusammenstehen und die Interessen der Schweiz vertreten. Die Interessen der Schweiz sprechen auch gegen eine PUK, sowohl in sachlicher als auch in politischer Hinsicht.

Im Namen der Minderheit ersuche ich Sie, der Initiative keine Folge zu geben.

Ich habe für die Minderheit des Büros gesprochen. Die FDP-Liberale Fraktion wird die Minderheit unterstützen. Kollege Wasserfallen wird sich noch dazu äussern.

Weber-Gobet Marie-Thérèse (G, FR): La Suisse est encore un paradis, mais elle n'est plus un paradis fiscal. Le comportement criminel d'UBS aux Etats-Unis et les exigences de l'OCDE nous ont contraints à faire en sorte que ce ne soit plus le cas. Notre pays se trouve devant un abrupt changement de paradigme en matière de secret bancaire, avec d'importantes conséquences pour la place financière et économique de la Suisse. Sans pour autant valoriser ce changement, il faut avouer qu'il s'agit d'un événement d'une grande portée, condition nécessaire pour instituer une CEP en vertu de l'article 163 alinéa 1 de la loi sur le Parlement.

La mise en place d'un organe extraordinaire en matière de haute surveillance parlementaire est en l'occurrence justifiée. Cette commission doit avoir pour but d'établir et d'attribuer clairement les responsabilités du comportement des autorités suisses en relation avec la crise financière et l'affaire UBS puis d'en tirer les conséquences politiques qui s'imposent. Plus que jamais, les conditions pour instaurer une CEP sont remplies, vu l'excellente qualité du rapport des Commissions de gestion. Celui-ci révèle divers déficits et lacunes. Les questions ouvertes méritent une enquête approfondie par un organe plus influent de la haute surveillance parlementaire et surtout mieux doté en ressources. Prétendre que la Commission de gestion ou que la Délégation de la Commission de gestion dispose des mêmes pouvoirs qu'une CEP est une demi-vérité sur le plan formel, mais c'est vraiment inexact sur le plan politique et pratique pour les raisons suivantes:

La CEP est l'organe suprême de la surveillance parlementaire qui dispose de la plus grande autorité; jusqu'ici cet instrument n'a été utilisé que quatre fois.

La CEP a de meilleures possibilités techniques et matérielles, par exemple un propre secrétariat. Pour l'accès aux documents, elle n'est pas tributaire du bon vouloir du Conseil fédéral.

La CEP fixe elle-même ses besoins et les éléments sur lesquels elle entend enquêter.

Une CEP peut entendre des témoins externes et internes, avec l'obligation de dire la vérité, comme dans une procédure civile.

Contrairement à la Délégation de la Commission de gestion, la CEP peut, selon les cas, confier à des chargés d'enquête le soin d'administrer les preuves – par exemple à des procureurs.

La CEP enquête auprès de certaines personnes ayant une responsabilité; c'est donc une instance dont les travaux s'apparentent davantage à une procédure d'accusation qu'à l'établissement d'un rapport final d'une enquête de Commission de gestion.

Certes, les deux peuvent émettre des recommandations et faire usage des instruments parlementaires. Mais ce qui est déterminant, finalement, c'est bien l'impact politique du rapport d'une CEP et son acceptation.

Une CEP devrait notamment approfondir les questions suivantes:

1. La FINMA s'est-elle montrée apte à déceler à temps le risque énorme encouru par UBS et reporté sur l'économie nationale? Et, le cas échéant, pourquoi n'a-t-elle pas pris les mesures préventives adéquates?

2. Quelle importance revêtait le réseau informel comprenant le Conseil fédéral, la Commission fédérale des banques (FINMA), la Banque nationale suisse et l'Administration fédérale des contributions? Lors de diverses décisions, quel rôle a joué par exemple le fait que Monsieur Eugen Haltiner, président de la FINMA, et Monsieur le conseiller fédéral Merz sont tous deux d'anciens collaborateurs d'UBS?

3. Quel était réellement le degré de nécessité d'UBS dont il fallait éviter la faillite? Quels facteurs ont conduit à l'application du droit d'urgence?

A ces questions et à d'autres des membres du groupe des Verts, le rapport des Commissions de gestion ne donne pas de réponses décisives.

Une CEP ne devrait pas reprendre les travaux à zéro mais pourrait se fonder sur les documents existants mis à la disposition des Commissions de gestion. Ainsi, ses travaux seraient notablement accélérés.

En conséquence, le groupe des Verts vous invite à donner suite à cette initiative parlementaire et à suivre la majorité. En effet, à quel moment une CEP serait-elle plus légitime qu'en période d'intenses pressions sur la Suisse?

Wyss Ursula (S, BE): Es stellt sich uns heute die Frage, ob es nach dem GPK-Bericht überhaupt noch eine PUK braucht. Die SP-Fraktion ist klar der Meinung: Heute brauchen wir eine PUK dringender denn je. Der GPK-Bericht beeindruckt auf den ersten Blick, allein der Umfang von 360 Seiten tut es. Doch inhaltlich vermag der Bericht nicht zu überzeugen. Das Lamento über den Bundesrat, über das «Dysfunktionieren» des Bundesrates kennen wir. Wir kennen es aus diversen anderen GPK-Berichten. In allen anderen Teilen des Berichtes aber bleiben weit mehr Fragen offen, als beantwortet werden.

Es stellen sich nach wie vor Fragen wie: Wie konnte es überhaupt dazu kommen, dass die Finma so lange zuschaute, ohne die Probleme und ohne die kriminellen Machenschaften der UBS in den USA zu sehen? Wie konnte es dazu kommen, dass sich die Finma anschliessend sogar noch für diese kriminelle Bank in die Bresche warf und entgegen dem Gesetz Kundendaten an die USA aushändigte? Wie konnte es dazu kommen, dass sich die gleiche Finma auf das Parteigutachten der UBS stützte, um die Verantwortung der UBS-Manager zu beurteilen? Warum wurde auf Hinweise von höchster Verwaltungsstufe nicht eingegangen, warum wurden sie nicht beachtet? Und warum wurden zum Beispiel die kritischen Stimmen, wonach das Horrorszenario einer Klage gegen die Bank viel eher ein Szenario einer Klage gegen die Bankmanager sein könnte, nicht gehört? Warum wurde auf all diese Fragen nicht eingegangen?

Der GPK-Bericht gibt uns Hinweise, aber er gibt uns keine Antworten. Er lässt die Fragen offen, er lässt uns mit diesen Fragen stehen. Ja, Herr Wasserfallen, Sie mögen da sehr glücklich sein, aber angesichts der Krise, angesichts der institutionellen Mängel, die sich aufgrund dieser Krise gezeigt haben, erwarte ich hier als Gesetzgeberin von einem Bericht Antworten und nicht offene Fragen.

Der Bericht zeigt zwar die starke Abhängigkeit der Finma auf. Aber warum wird nicht nachgefragt, warum wird nicht gefragt, was die personellen Verstrickungen für Auswirkungen haben, z. B. der Umstand, dass der oberste Finanzmarktaufscher 32 Jahre lang im Sold der UBS stand, oder der Umstand, dass auch der zuständige Finanzminister für die UBS tätig war und seinen Lohn von der UBS bezogen hat? Warum wird da im GPK-Bericht nicht nachgefragt? Das sind Fragen, die geklärt werden müssen, damit wir in Zu-

kunft solche Krisen verhindern können. Diese institutionelle Aufgabe haben wir als Gesetzgeber. Wir können uns fragen: Liegt es an den GPK selber, die sich eben am Sichtbaren der Geschichte orientiert haben und sich damit zufriedengegeben haben? Oder liegt es eben auch an den Grenzen der Einsichtsrechte und der personellen und finanziellen Ressourcen der GPK? In beiden Fällen ist klar: Mit dem GPK-Bericht hat die Frage der Einsetzung einer PUK nicht an Aktualität verloren, ganz im Gegenteil. Es zeigt sich: Für ein Ereignis von solchem Ausmass, wie es die zurückliegende Finanzkrise und ihre institutionelle Bewältigung ist, brauchen wir eine PUK.

Es hält sich hartnäckig das Gerücht, dass eine PUK denselben formellen Begrenzungen unterliege wie eine GPK. Die Behauptung entbehrt jeglicher Grundlage. Die Kompetenzen, die personellen und finanziellen Ressourcen und eben auch das politische Gewicht einer PUK sind massiv grösser, und Sie wissen das auch. Eine PUK könnte nachholen, was die GPK verpasst haben. Eine PUK könnte all diese offenen Fragen endlich beantworten. Wir brauchen die Antworten, um die richtigen Schlüsse aus dieser Krise zu ziehen.

Ich bitte Sie: Stimmen Sie der Einsetzung einer PUK zu!

Glanzmann-Hunkeler Ida (CEg, LU): Die Subkommission der beiden GPK hat während den vergangenen Wochen und Monaten eine grosse und umfassende Arbeit geleistet. Ich staune, wenn ich hier jetzt höre, was alles nicht gemacht worden sei, was alles in diesem Bericht noch fehle, was alles eine PUK näher prüfen solle.

Letzte Woche hat die Bundespräsidentin den Bericht kommentiert, wobei sie die Feststellungen der GPK gegenüber dem Bundesrat als sehr hart bezeichnete. Erfreulicherweise signalisierte sie aber, dass der Bundesrat die Empfehlungen zum Teil schon diskutiert habe und diese auch ernst nehme. Wir nehmen auch gerne zur Kenntnis, dass der Bundesrat schon früher, als es die Kommission forderte, mit einem Ergebnis aufwarten will.

Der Bericht kritisiert die Arbeit des Bundesrates, besonders die Informationen innerhalb des Gremiums und ebenfalls das Krisenmanagement. Dass diese Kritik angebracht ist und dass Handlungsbedarf besteht, konnte man leider am vergangenen Wochenende einmal mehr feststellen. Neben der Bundespräsidentin, deren Äusserungen man erwartet hat, mussten noch andere Bundesräte den Bericht kommentieren. Sie kritisierten die GPK über die Medien, indem sie bemängelten, dass ihre Aussagen, die sie bei den Anhörungen gemacht hätten, im Bericht nicht wiedergegeben worden seien. Gleichzeitig kommentierten sie ihre Aussagen dann noch gegenüber der Öffentlichkeit. Schade, dass gerade dieses Vorgehen einmal mehr aufzeigt, dass der Bundesrat nicht geeint auftreten kann; schade, dass wieder genau das passiert ist, was der Bericht bemängelt.

Ein grosser Teil des GPK-Berichtes ist dem Verhalten der Behörden im Zusammenhang mit der Herausgabe von UBS-Kundendaten gewidmet. Auch der Staatsvertrag, den der Bundesrat mit Amerika geschlossen hat und den das Bundesverwaltungsgericht als nichtig erklärt hat, ist Gegenstand dieses Berichtes. Genau dieser Staatsvertrag wurde nun gestern hier im Nationalrat abgelehnt. Eine Allianz von links und rechts stellte Forderungen, zum Teil gesteuert von einer ausserparlamentarischen Führung, und brachte diesen Vertrag schlussendlich zu Fall, und dies nur, weil wir in der Mitte klare Vorstellungen haben, ohne Wenn und Aber, und dies auch durchgezogen haben. Interessanterweise wird von uns jetzt gefordert, dass wir uns bewegen. Ja, bewegen – und wohin? Wir unterstützen unsere Wirtschaft, wir wollen diesen Staatsvertrag, wir wollen eine Lösung, denn eine PUK, wie sie gefordert wird, kann keine politischen Lösungen bringen. Wir stünden dann gegenüber dem Ausland nach wie vor als vertragsbrüchig da.

Aus der gleichen Ecke, aus der Ecke, die den Staatsvertrag abgelehnt hat, kommen die Forderungen nach einer PUK. Obwohl die GPK ihre Arbeit erledigt und einen umfassenden Bericht abgegeben haben, werden Forderungen nach weiteren Untersuchungen gestellt. Für uns ist nicht klar, was eine

PUK noch Neues abklären könnte; die GPK befragten immerhin sechzig Personen, und sie erhielten alle gewünschten Auskünfte.

Um die Arbeit der GPK zu unterstützen, wird die CVP/EVP/glp-Fraktion noch Motionen einreichen, die Massnahmen zur Klärung der Rollen und Kompetenzen, die Überprüfung eines strafrechtlichen und zivilen Verfahrens und die Schaffung einer unabhängigen Expertengruppe durch den Bundesrat fordern. Aus diesem Grund erachtet eine grosse Mehrheit der CVP/EVP/glp-Fraktion eine PUK als überflüssig und wird der parlamentarischen Initiative keine Folge geben.

Schluer Ulrich (V, ZH): Namens der SVP-Fraktion beantrage ich Ihnen, der Bestellung einer PUK zuzustimmen.

Wir erachten zwar den GPK-Bericht als durchaus interessant, aber doch vor allem als Ausgangspunkt, um weitere Untersuchungen anzustellen, Untersuchungen, bei denen es eine spezielle Untersuchungsbefugnis braucht. Der Bundesrat hat beschlossen, zum von damals bis heute wichtigsten Geschäft keine Protokolle zu führen. Jedermann in diesem Saal weiss: Hätte Gleiches eine Kantonsregierung, ein Gemeinderat, ein Verwaltungsrat beschlossen, käme sie oder er weiss Gott nicht mit einem Verweis davon. Es geht doch nicht an, dass das höchste Gremium, das für die Öffentlichkeit zu arbeiten hat, entscheidet: In wichtiger Sache schreiben wir nichts mehr auf. Wir leben doch nicht im Staat von Robert Mugabe! Wir sind in einem Rechtsstaat, und in einem Rechtsstaat ist es die Schuldigkeit der Regierung, bei ihrer Tätigkeit Transparenz herzustellen.

Der Protokollverzicht hat einen sehr brisanten Hintergrund: Wir vernehmen aus dem GPK-Bericht, dass die Schweizer Botschaft in den USA sowie der verantwortliche Verhandlungsführer der Eidgenössischen Finanzverwaltung die Meinung vertreten, nicht die USA hätten den Druck gegen die Schweiz entfaltet, der sei vielmehr auf Druck der UBS zustande gekommen, weil die UBS darin die Möglichkeit sah, ihre Spitzenleute Kurer und Rohner aus der Schusslinie zu ziehen. Das steht in diesem Bericht. Da müssen wir die Hintergründe kennen, das muss aufgeklärt werden. Wenn das stimmen würde, wäre auch das Parlament hinters Licht geführt worden. Das gehört also aufgeklärt. Wenn es einen Zusammenhang gibt zwischen dem Verzicht auf die Protokollführung und dieser Behauptung, die ja von Leuten aufgestellt wird, die an der Front gestanden haben, dann muss dies aufgeklärt werden. Das kann nur eine PUK aufklären. Im Interesse des Rechtsstaates Schweiz muss das sein.

Dieses Problem lösen wir nicht, indem wir ein grösseres Vorschriftengeflecht aufstellen, das festlegt, wie Beschlussfassungen in kritischen Fragen abzulaufen haben, wie es aus den Empfehlungen der GPK hervorgeht. Hier muss der Hintergrund aufgedeckt werden: Wir müssen die Handnotizen aller Bundesräte aus der protokolllosen Zeit untersuchen können. Wir müssen doch wissen, wie die Vorsteherin des EDA den erwähnten Bericht ihrer Botschaft in Washington aufgenommen hat, ob sie ihn in den Bundesrat getragen hat oder nicht. Weshalb hat sie es gegebenenfalls unterlassen? Da gibt es Aufklärungsbedarf in Fragen von ausserordentlicher Brisanz.

Wir stehen nicht vor der Tatsache, dass die Vorschriften über den Umgang mit Geschäften nicht genügend wären. Wir stehen vor der Tatsache, dass unser Bundesrat einmal mehr – das passierte nicht nur in dieser Angelegenheit – in einer Krisensituation Führungsfähigkeit vermissen lässt. Das ist ein ernsthafter Befund. Das Kollegialsystem funktioniert in der Schweiz nicht. Wenn wir am letzten Sonntag wieder die Spiele mit der Sonntagspresse beobachtet haben, so haben wir gesehen, dass diejenigen, die kritisiert werden, weil sie nicht oder nur höchst ungenügend zusammenarbeiten, einzeln zur Sonntagspresse rennen und in grossen Interviews die Botschaft «Ich nicht, die anderen auch» verbreiten. Das ist der letzte Beweis dafür, dass das Kollegialsystem im heute im Amt stehenden Bundesrat schlicht und einfach nicht funktioniert.

Wir wissen doch alle genau, dass der Welt nicht einfachere Zeiten bevorstehen. Wenn wir sehen, was hier alles abläuft, wenn wir sehen, in welchen Bereichen da auch Druck auf die Schweiz als wohlhabendes Land aufgebaut wird – das muss ja kommen –, dann wissen wir: Unser Bundesrat muss krisentauglich sein. Das Volk hat Anspruch auf einen krisentauglichen Bundesrat, und das Volk hat Anspruch darauf, dass das Parlament alle Schritte unternimmt, damit dieser Bundesrat krisentauglich ist. Die nächste Krise kommt bestimmt, und wir brauchen dann einen krisentauglichen Bundesrat. Es geht heute darum, ob das Parlament seine Verantwortung gegenüber der Bevölkerung wahrnimmt. Die Bevölkerung hat Anspruch darauf, dass das Land auch in schwierigen Zeiten gut geleitet wird. Diesem Anspruch wird nur dann entsprochen, wenn wir heute mit einer PUK dafür sorgen, dass diejenigen Fragen, die der GPK-Bericht aufgrund der institutionellen Barrieren, die es für eine GPK gibt, nicht genügend klären konnte, beantwortet werden, indem wir einen Schritt weiter gehen und eine PUK einsetzen. Namens der SVP-Fraktion beantrage ich Ihnen, dies zu tun.

Moret Isabelle (RL, VD): Le rapport des Commissions de gestion sur UBS analyse de manière complète et détaillée le comportement des autorités suisses d'une part face à la crise financière et, d'autre part, en relation avec la transmission de données de clients d'UBS aux Etats-Unis. Ce rapport examine le comportement des pompiers, les autorités suisses, mais pas le comportement des incendiaires, les anciens dirigeants d'UBS.

La première partie concerne la crise financière, et plus particulièrement le sauvetage d'UBS, qui a permis de préserver le système financier de la Suisse, les emplois qui en dépendent ainsi que les liquidités et le financement indispensable à de nombreuses entreprises. Sans l'intervention de la Confédération, des milliers d'entreprises et de citoyens auraient vu leurs comptes bancaires et leurs lignes de crédit bloqués. C'est pour ces citoyens et ces milliers d'entreprises que la Confédération est intervenue, pas pour UBS en elle-même. Cette partie du rapport apporte la preuve que le Département fédéral des finances et le Conseil fédéral, en étroite collaboration avec la FINMA et la BNS, ont pris toutes les mesures nécessaires pour entreprendre le sauvetage d'UBS au moment opportun et avec succès. La comparaison internationale de la gestion de la crise et la somme de 1,2 milliard de francs engrangée par la Confédération démontrent la réussite de l'opération.

Les critiques des Commissions de gestion se concentrent essentiellement sur la deuxième partie du rapport, à savoir la livraison aux Etats-Unis des données de clients d'UBS. La commission ne reproche pas au Conseil fédéral d'avoir violé gravement des dispositions légales, comme par exemple dans l'affaire Tinner, mais plutôt une addition de petits dysfonctionnements qui, ajoutés les uns aux autres, amènent la commission à la conclusion que la direction de ce dossier a été chaotique.

Le rapport démontre que cette direction chaotique a abouti à la situation difficile, voire à l'impasse où nous nous trouvons actuellement avec les Etats-Unis. Si la direction de ce dossier par le Conseil fédéral avait été moins chaotique, d'autres options auraient pu éventuellement être examinées plus tôt. Mais la commission n'a pas la preuve qu'une direction parfaite aurait réellement pu aboutir à une autre solution.

Pour ma part, je tire les conclusions suivantes de ce rapport. Les Commissions de gestion ont déjà effectué le travail que les partis des deux extrêmes exigent de la part d'une commission d'enquête parlementaire. En effet, une telle commission d'enquête parlementaire disposera des mêmes moyens que la Commission de gestion qui a eu accès à tous les documents qu'elle souhaitait et qui a auditionné toutes les personnes qu'elle désirait.

Cette commission sera aussi limitée au même cadre: examiner seulement l'activité des pompiers.

Dans ces conditions, une commission d'enquête parlementaire est non seulement totalement inutile, mais elle coûterait

plus de 1 million de francs pour, au final, rendre exactement la même copie. Pire, elle retardera les recommandations et mesures concrètes que la Commission de gestion propose, en particulier celles qui visent le véritable incendiaire.

Dans ces conditions, il est permis de se demander pourquoi vous êtes tellement obsédés par une telle commission d'enquête parlementaire. N'avez-vous donc pas le courage d'admettre que les Commissions de gestion ont fait du bon travail et que vous avez désormais tort de vous entêter à demander une telle commission d'enquête? Ou alors est-ce parce que les membres du Parti socialiste sont tellement obsédés par la succession de leurs deux conseillers fédéraux qu'ils tiennent absolument à placer un président socialiste à la tête de cette commission? Un bon moyen de prouver votre bonne foi serait d'annoncer ici à la tribune que vous ne brigueriez en aucun cas une telle présidence.

Et quel est le but réel du groupe UDC? Une commission d'enquête parlementaire ne fera que retarder la mise en oeuvre des recommandations des Commissions de gestion et la demande de transparence adressée à UBS sur ses activités internes. Est-ce donc cela que veut le groupe UDC, en contradiction complète avec ses vertueuses déclarations?

Parce que, maintenant, ce que demandent les citoyens, c'est la transparence sur les activités d'UBS. Pour ma part, j'attends de la direction actuelle d'UBS qu'elle prenne ses responsabilités et qu'elle réponde à ce besoin de transparence exigé tant par les parlementaires que les actionnaires et les citoyens. J'attends de Monsieur Kaspar Villiger qu'il mette en oeuvre le principe de responsabilité cher aux libéraux-radicaux. J'attends de Monsieur Kaspar Villiger qu'il prenne conscience de ce besoin de transparence exprimé par les parlementaires, les citoyens et les actionnaires. UBS doit désormais faire toute la lumière sur la responsabilité de ses anciens dirigeants, notamment dans la crise des crédits «subprime» et les illégalités commises aux Etats-Unis, en mandant des experts externes compétents et neutres. Suite à cela et dans la mesure du possible, une procédure civile ou pénale devra être lancée. C'est d'abord à UBS de prendre en charge financièrement cette recherche de la vérité. La Confédération est déjà assez intervenue pour UBS. Mais si UBS devait renoncer une nouvelle fois à prendre ses responsabilités, il faudrait alors envisager que la Confédération prenne en charge les risques liés au procès et les frais de procédure.

Enfin, de son côté, le Parlement ne doit pas se tromper de mission. Se borner à vouloir tout comprendre et tout expliquer jusque dans les moindres détails est un travail d'historiens, pas de parlementaires. Il s'agit maintenant de dépasser le stade des discussions et des analyses.

L'enquête sur les activités des autorités suisses étant terminée, la mission du Parlement est de tirer les leçons de la crise passée pour améliorer le fonctionnement et la capacité de réaction de nos institutions et mieux prémunir notre économie contre les dangers que peuvent entraîner les banques trop grandes pour faire faillite. Nous disposons désormais de tous les éléments nécessaires pour le faire.

En particulier, il est impératif que la réforme du gouvernement en cours fasse de la réorganisation du Conseil fédéral une priorité. Bien plus que les erreurs personnelles de ses membres, le rapport relève des dysfonctionnements inacceptables au sein du collège gouvernemental. Il confirme que notre gouvernement souffre d'un grand manque de pilotage, d'une absence de vision commune, de difficultés à assurer la collaboration entre ses membres et, pire, d'une véritable crise de confiance. Dans ces conditions, il va de soi qu'il est difficile pour les conseillers fédéraux de travailler efficacement, et cela d'autant plus dans des situations de crise.

Pour régler ce problème, le rôle même du Conseil fédéral doit être redéfini. Ce dernier doit pouvoir se concentrer sur les questions stratégiques et être déchargé de ses trop nombreuses tâches administratives. Une présidence de deux ans, avec un véritable droit d'injonction formel – et pas matériel –, et la nomination de secrétaires d'Etat permettraient de

renforcer la capacité de gouvernance du président et de faciliter la collaboration entre les départements.

Maintenant que les Commissions de gestion ont rendu leur rapport, c'est d'un côté à UBS et, de l'autre, à nous, parlementaires, de prendre chacun nos responsabilités respectives.

John-Calame Francine (G, NE): Madame Moret, au titre de la bonne foi et de la transparence que vous appelez de vos vœux, pouvez-vous nous dire combien d'argent votre parti touche d'UBS et combien de membres de votre parti appartiennent au conseil d'administration d'UBS?

Moret Isabelle (RL, VD): Notre parti, le Parti libéral-radical, ne touche actuellement rien d'UBS. Nous estimons qu'il est immoral de recevoir quelque chose d'une banque qui est aidée par l'Etat.

Concernant le conseil d'administration d'UBS, à ma connaissance aucun autre membre de notre parti n'en fait partie. A vrai dire, je ne suis pas la mieux placée pour vous renseigner. Je connais les membres vaudois du Parti libéral-radical, je ne connais pas forcément les 10 000 membres du Parti libéral-radical suisse.

Gadient Brigitta M. (BD, GR): Die BDP-Fraktion begrüsst den GPK-Bericht als gute, kritische und umfassende Arbeit. Die GPK haben sich dabei im Rahmen der parlamentarischen Oberaufsicht auf das Verhalten der Behörden konzentriert, und das war auch ihre Aufgabe. Nichtsdestotrotz halten wir fest, dass die UBS mit dem Fehlverhalten ihrer Angestellten in den USA die Hauptverantwortung für die eingetretenen Ereignisse trägt – aber auch die USA, die keinerlei Rücksicht auf andere Rechtsordnungen nehmen, wenn es darum geht, ihre Interessen durchzusetzen. Beides wird von der BDP aufs Schärfste verurteilt.

Sorge bereitet der BDP die Situation im Bundesrat. So hat der Vorsteher des EFD zu spät informiert, und der Gesamtbundesrat hat entsprechend zu spät gehandelt. Ganz generell wurde das Departementalprinzip zu stark priorisiert, und der Bundesrat hat seine Verantwortung als Kollegialbehörde nicht wahrgenommen. Dazu beigetragen hat sicher auch die fehlende Geschäftskontrolle und der Umstand, dass über wichtige Sitzungen nicht einmal Protokolle erstellt wurden. Das wäre für ein Unternehmen eine unvorstellbare Situation. Kurz: Der Mangel an effektiver Führung und Zusammenarbeit im Bundesrat ist ein Problem und muss angegangen werden.

Für schwerwiegend erachtet die BDP sodann insbesondere die Versäumnisse und Fehler im Bereich der Aufsicht. Die EBK bzw. die Finma hat ihre Aufsichtsaufgabe nur ungenügend und viel zu wenig kritisch wahrgenommen. Eine Verbesserung der Aufsichtsinstrumente und -praktiken ist deshalb mehr als dringend.

Vor einigen Monaten wurde plötzlich der Ruf nach einer PUK laut. Als die GPK vor mehr als einem Jahr ihre Arbeit aufnahmen, wobei die gleichen Fragen wie heute im Raum standen, interessierte das gar niemanden, auch die Medien nicht. Die GPK haben in intensiver Arbeit eine gründliche Abklärung der aufgeworfenen Fragen vorgenommen. Sie haben in ihrem Bericht den Handlungsbedarf aufgezeigt und verlangen mit Motionen, Postulaten und Empfehlungen entsprechende Massnahmen. Eine PUK soll sich nun noch einmal mit den genau gleichen Fragen befassen. Wir sehen nicht, was dies ausser einer grossen Arbeit an wesentlichem Mehrwert und grundlegend neuen Erkenntnissen mit Blick auf das Verhalten unserer Behörden bringen würde, umso weniger, als die GPK Einsicht in alle Unterlagen hatten und alle Personen befragen konnten. Denn auch eine PUK kann nur im Rahmen der parlamentarischen Oberaufsicht tätig sein, und auch eine PUK hat sich an die Grundsätze der Gewaltenteilung in unserem Land zu halten.

Die BDP ist durchaus der Meinung, dass es noch Zusatzabklärungen braucht. Aber eine PUK ist das falsche Instrument. Zusatzabklärungen sind vielmehr von der UBS, vom Bundesrat und dann insbesondere auch von der Finma vor-

zunehmen. Gerade bei der Finma sehen wir noch sehr grossen Handlungsbedarf.

Noch ein Letztes: Es gehört auch zur politischen Verantwortung, die wir haben, jetzt nicht falsche Erwartungen von den Möglichkeiten und Resultaten einer PUK zu wecken, sondern vielmehr die rasche Umsetzung aller GPK-Forderungen zu unterstützen. Die BDP-Fraktion wird dies tun und lehnt deshalb auch die Einsetzung einer PUK ab.

Rossini Stéphane (S, VS): Si la volonté de demander la création d'une commission d'enquête parlementaire ne dépendait que d'une présidence, ce serait avoir bien peu d'ambition dans ce dossier. Nous ne nous abaissons pas à revendiquer cette présidence comme seul argument en faveur de la constitution d'une CEP!

Il y a des événements et des moments où la démocratie et la transparence qui y est liée imposent la nécessité de comprendre et, pour ce faire, la nécessité de décortiquer des faits, de questionner des analyses, notamment présentes dans le rapport des Commissions de gestion, et de se mettre en position de recul critique pour renforcer notre capacité d'action. C'est à un tel moment que nous nous trouvons aujourd'hui. Grâce à la publication du rapport des Commissions de gestion – rapport qui est excellent, ce que nous avons d'ailleurs souligné et que nous répéterons volontiers à de nombreuses reprises encore –, nous nous trouvons en position de pouvoir profiter d'une foule d'informations rigoureusement collectées et fouillées sur le fonctionnement des autorités dans l'affaire UBS. Nous nous trouvons cependant en position de devoir aller plus loin pour voir ce qui se cache derrière les nombreux points d'interrogation mis en évidence par la Commission de gestion.

Ces points d'interrogation ne sont pas des aveux de faiblesse, mais justement le résultat de la qualité de ce rapport réalisé dans un certain cadre, ce qu'a rappelé le rapporteur, Monsieur Veillon, qui fixe précisément certaines limites.

Les questions centrales qui restent ouvertes sont les suivantes: voulons-nous vraiment comprendre les agissements d'UBS? Voulons-nous vraiment approfondir le pourquoi et le comment des relations entre la FINMA et les banques? Voulons-nous comprendre les raisons qui ont failli, pour la première fois de l'histoire moderne de la Suisse, faire tomber le système économique national? Si oui, si nous voulons comprendre ces différents éléments, si nous voulons lever un certain nombre de points d'interrogation, si nous voulons aller plus loin, nous trouverons aisément le chemin pour éviter les oppositions stériles qui se manifestent ces jours entre Commissions de gestion et CEP. Il ne s'agit pas d'opposer CEP et Commissions de gestion, mais de développer des complémentarités, d'utiliser cet excellent travail pour aller beaucoup plus loin dans la transparence.

La CEP constitue un instrument précieux, qui complétera judicieusement celui qu'est la Commission de gestion, au service de la compréhension de l'histoire politico-économique de notre pays, et ce n'est pas rien. La Commission de gestion a des moyens, mais ceux-ci sont limités; elle a des compétences limitées, aussi. Je crois que nous devons dépasser le formalisme et répondre à la seule vraie question pertinente: voulons-nous oui ou non la transparence, quand bien même la recherche des réponses pourra nous conduire à franchir les limites fixées au Parlement? Je crois que cela vaut mieux que des vœux pieux à l'adresse d'UBS.

Je vous invite donc à accepter la création d'une commission d'enquête parlementaire.

Weibel Thomas (CEg, ZH): Die CVP/EVP/glp-Fraktion legt Wert auf eine transparente und unabhängige Abklärung der Vorgänge bei der Bewältigung der Finanzkrise und der Herausgabe von UBS-Kundendaten an die USA durch die Behörden. Diesem Anspruch wird der GPK-Bericht mit seinen Empfehlungen und Schlussfolgerungen gerecht, soweit dies im parlamentarischen Prozess überhaupt möglich ist. Die GPK haben das Geschehen mit dem Bericht akribisch aufgearbeitet, bewertet und die erforderlichen Schlüsse gezogen. Der Bericht lässt für uns kaum mehr Fragen offen. Es

wurden auch keine Bereiche identifiziert, wo die GPK zu keiner Aussage kommen konnten oder wo sie weitere Untersuchungen für sinnvoll erachten würden.

Der Aufwand und der Einsatz aller Beteiligten verdienen unseren ausdrücklichen Respekt. Der Bericht zeigt klar die Probleme der Behörden bei der Bewältigung der Finanzkrise und der Herausgabe von UBS-Kundendaten auf. Die Ursachen liegen erstens in der schwachen Führung bei diesem Geschäft, zweitens in der nichtadäquaten Projektorganisation und drittens im ungenügenden Informationsaustausch innerhalb des Bundesrates, aber auch zwischen den involvierten Amtsstellen.

Wo Handlungsbedarf herauskristallisiert worden ist, wurden entsprechende Vorschläge erarbeitet und in Vorstösse und Empfehlungen gefasst. Wir erwarten nun, dass diese rasch aufgenommen und umfassend umgesetzt werden. Eine PUK wird höchstens in Details neue Erkenntnisse liefern. GPK und PUK untersuchen das Handeln der Regierung und der Amtsstellen, aber nicht dasjenige der UBS. Eine PUK ist nämlich auf dieselben Aufsichtskompetenzen wie die GPK beschränkt. Deshalb kann man insbesondere keine Klarheit darüber erwarten, was die Leitung der UBS über das USA-Geschäft wusste. Dies muss UBS-intern geklärt werden. Genau da nimmt die GPK die UBS mit der Empfehlung 19 in die Pflicht. CVP, EVP und Grünliberale erwarten von der UBS, dass sie in ihrem eigenen Interesse die von der GPK geforderte Transparenz über die Handlungsweisen aller relevanten Konzernstellen schafft. Daraus sind dann auch die rechtlichen Konsequenzen zu ziehen.

Die Bundesrätinnen und Bundesräte haben seit der Veröffentlichung des GPK-Berichtes mit ihren Statements in der Sonntagspresse bewiesen, dass sie Teamarbeit nicht kennen. Anstatt die Frist zur Stellungnahme bis Ende Jahr zu nutzen, um zu einer Einschätzung des Gesamtbundesrates inklusive der aus den Ereignissen zu ziehenden Lehren zu kommen, äussern sich alle Mitglieder einzeln und widersprüchlich. Der Gesamtbundesrat könnte in seiner Stellungnahme detailliert darlegen, wo er sich ungerecht behandelt fühlt und wo die Faktenlage aus seiner Sicht für den Untersuchungszeitraum unvollständig ist. Mit ihrem Verhalten unternimmt die Landesregierung jedoch alles, damit eine PUK in den Räten eine Mehrheit findet.

Wir Grünliberalen erwarten von einer PUK keine wesentlichen neuen Erkenntnisse. Wir befürchten vielmehr, dass sich einmal mehr der im Volk bekannte Spruch «Ausser Spesen nichts gewesen» bewahrheiten würde. Wir Grünliberalen streben aber die höchstmögliche Transparenz und Klarheit an. Deshalb werden wir nicht gegen eine PUK stimmen.

Freysinger Oskar (V, VS): Tout d'abord, il y eut la nuit, une nuit si opaque que tout y était possible: la trahison, l'incompétence et les marchandages à la petite semaine. Cette nuit-là était celle des tombeaux du silence, celle de l'omerta et de l'irresponsabilité. Personne n'en était responsable, mais tout le monde s'en accommodait.

Puis un rai de lumière pénétra dans la chambre close: la porte était entrebâillée sous la pression populaire, et l'oeil inquisiteur d'une commission scruta l'obscurité. Une Commission de gestion! Elle joua avec les allumettes à sa disposition, éclaira de-ci de-là des pans de mur, des silences, des mutismes. Tout cela dans la pénombre feutrée de la bien-séance, dans l'ambiance conviviale que savent créer les gens de bonne composition! Un rapport fut pondu. Impressionnant, ce rapport! 340 pages, certaines accusatrices, voire dévastatrices. Un «catalogue Veillon» à mettre entre toutes les mains!

Mais des zones d'ombre se maintenaient: la pénombre n'avait pas vraiment cédé à la lumière, la vraie, l'aveuglante, la lumière de la vérité, la vérité toute crue, celle qui fait mal à la pénombre, mal aux ombres diffuses évoluant dans l'à-peu-près, mal à ceux qui cherchent à se défilier, à se donner bonne conscience, à décharger leur responsabilité sur d'autres.

Pour vraiment ouvrir la porte de l'espace clos du pouvoir, il faut autre chose qu'un rapport, certes bien charpenté, mais

limité dans les encoignures. Il faut un instrument plus percutant, un glaive mieux aiguisé: il faut une commission d'enquête parlementaire. Car ce qui s'est passé est trop grave pour être noyé dans un jeu d'ombre et de lumière.

Notre gouvernement, si ce qualificatif peut encore être appliqué à cette basse-cour qui fait de chaque solution un nouveau problème, notre gouvernement, disais-je, a cumulé l'incompétence, la lâcheté et l'illégalité. Son action irresponsable a mis le pays dans une situation dramatique. Ayant répandu la peste, il veut désormais nous faire «avalier» le choléra!

Dans n'importe quel autre pays au monde, les ministres responsables d'un tel marasme auraient démissionné séance tenante, sauvant au moins par là leur dignité. Rien de tel en Suisse! Les incompetents continuent à démeriter, les lâches à se draper dans une fausse dignité, les malhonnêtes à sussurer les lieux communs qui servent de pagnes à leurs petites combines. Et ils continuent à combattre la lumière, à réfuter les conclusions des Commissions de gestion, à s'arc-bouter contre une commission d'enquête qui risquerait d'éclairer les derniers recoins de leur déplorable gestion. De la dignité? Aucune. De l'honneur? Pas la moindre trace. Ils s'accrochent à leur petit pouvoir méprisable, les Merz, Calmy-Rey, Widmer-Schlumpf et autres.

Face à la menace d'une commission d'enquête parlementaire, ils ont joint leurs silences coupables, leurs courroux face à ce qu'ils considèrent comme un crime de lèse-majesté. «Mais où va ce pays», protestent-ils, «si l'incompétence est sanctionnée? Où va ce pays si l'on commence à exiger du gouvernement qu'il gouverne vraiment et qu'il le fasse dans l'intérêt de ses propres citoyens et non pas dans celui de l'IRS américain?» – une organisation privée basée à Porto Rico et servant de perceuteur mondial à la plus puissante mafia financière ayant régné sur terre.

La seule grandeur qui reste à ces ministres, qui se rapetissent tous les jours un peu plus face à l'adversité, c'est de démissionner. Démissionnez, les Merz, Calmy-Rey et Widmer-Schlumpf, et retrouvez un semblant d'honneur! Si ce pays vous tient à coeur, ce sacrifice n'est rien d'autre qu'un service que vous rendez à la patrie. Démissionnez et vous mériterez le respect de vos concitoyens pour avoir assumé vos actes!

Mais je sais que mon appel se perdra dans les méandres de la bureaucratie et le labyrinthe de l'hypocrisie. Dès lors, que l'on ait au moins la décence de jeter une pleine lumière sur les ombres dévastatrices du passé! Car ce n'est que de cette lumière que pourront surgir les solutions futures. Si nous n'avons pas le courage de faire éclater toute la vérité concernant le passé, le futur s'annonce sombre: les mêmes erreurs seront répétées, les mêmes personnes occasionneront les mêmes dégâts.

Voilà pourquoi je vous demande instamment de soutenir l'institution d'une commission d'enquête parlementaire: une «Parlamentarische Untersuchungskommission», en allemand, abrégée PUK. Ce n'est qu'à travers une PUK qu'on pourra enfin toucher le puck!

Vischer Daniel (G, ZH): Die GPK haben einen guten Bericht abgeliefert, aber sie haben eben nur einen Bericht abgeliefert. Bei einer PUK geht es nicht um einen Bericht, sondern um eine Untersuchung, wie der Name Untersuchungskommission sagt. Eine PUK hat andere, griffigere Mittel als die GPK, selbst als die GPDel. Sie kann Zeuginnen und Zeugen vernehmen, weil sie von Anfang an Herrin des Verfahrens ist und bestimmt, wann welche Akten herausgegeben werden müssen. Diejenigen, die keine PUK wollen, tun dies ja nicht deswegen, weil eine PUK nicht mehr herausfinden könnte als die GPK, sondern weil sie eben Angst haben, dass durch eine PUK Fragen ans Tageslicht kommen, die ihnen nicht angenehm sind. Das müssen sich die sagen lassen, die die Zeichen der Zeit noch immer nicht begriffen haben.

Frau Bundespräsidentin Leuthard hat den Bericht aufmerksam gelesen. Sie hat eigentlich die richtige Schlussfolgerung gezogen, als sie festhielt: Etwas Wesentliches fehlt in diesem Bericht, nämlich die Rolle der UBS. Sie muss einge-

hender beleuchtet werden. Die Verstrickungen UBS/Finma und UBS/Bundesrat müssen in erhellenderer Weise untersucht werden, als dies die GPK tun konnte. Das ist kein Vorwurf. Die GPK hatten gar nicht die Möglichkeit, in diesen Fragen weiter in die Tiefe zu gehen.

Zum Beispiel wird im Bericht nicht untersucht, wie es schlussendlich zum Notrechtsputsch des Bundesrates vom 15. Oktober 2008 gekommen ist. Es steht noch nicht fest, wann der Bundesrat von der UBS welche Informationen über deren Geschäftsgang und über deren zunehmende Illiquidität hatte. Wir müssen uns fragen, ob ein aufmerksamer Bundesrat nicht weise vorausschauend und ohne Notrecht dieses Paket hätte schnüren können und müssen. Wir müssen uns fragen, auch wenn wir das Buch von Lukas Hässig lesen, ob die Finma nicht ihre Mindestkapitalvorschriften gegenüber der UBS nicht nur hätte anmahnen, sondern auch durchsetzen müssen. Hat sich die Finma über den Tisch ziehen lassen? Dieser Verdacht ist nicht vom Tisch. Hat der Bundesrat mit der UBS ein heimliches Zweierspiel gemacht, vielleicht ohne dass der Gesamtbundesrat informiert war, um dann diesen Notrechtsputsch besser durchführen zu können? Es ist ja nicht gesagt, dass das Parlament so froh gewesen wäre über diese Botschaft, hätte es sie rechtzeitig vernommen. Und was war im Februar 2009? War es gar nicht im Interesse des Bundesrates, diese Akten herauszugeben? Hat der Bundesrat diese Aktenherausgabe gegen seine eigenen Ratgeber und Vertreter – notabene wieder notrechtmässig! – nur beschlossen, um UBS-Koryphäen vor dem Strafrichter zu schützen?

Diese Fragen sind auf dem Tisch. Wer sie nicht beantworten will, der macht sich der Mausehelei, der macht sich eines Versteckspiels mitschuldig. Ich fordere namentlich die CVP auf, ihre Vertreter im Ständerat zum Umdenken zu bewegen. Sie hat es in der Hand. Ein Umdenken wäre vielleicht sogar ihre Chance.

Bader Elvira (CEg, SO): Das vorliegende Geschäft hat in den letzten Tagen ein wahres mediales Trommelfeuer ausgelöst, es hat zahlreiche Nebenschauplätze generiert und unzählige gutgemeinte Ratschläge provoziert. Bei alldem lohnt es sich wohl, wieder einmal einen Schritt zurück zu machen und zu überlegen, worum es bei diesem Geschäft überhaupt geht. Das Geschäft, das wir behandeln, ist die Verarbeitung eines Krisenfalles – nicht mehr und nicht weniger. So steht es im Geschäftstitel, und so haben die GPK ihren Auftrag verstanden und ihren Bericht verfasst.

Die GPK haben erstens versucht herauszufinden, was in dieser Krise schiefgelaufen ist, und sie haben zweitens versucht herauszufinden, was man in Zukunft besser machen sollte. Die GPK haben einen, man darf das so sagen, eindrücklichen Bericht abgegeben. Voraussetzung für die Qualität des Berichtes war auch, dass die involvierten und befragten Amtsstellen gut mitgearbeitet haben. Das Zusammenspiel zwischen Exekutive und dem legislativen Aufsichtsorgan hat in der Ausarbeitungsphase zweifelsohne funktioniert.

Der Bericht zeigt auf, dass Fehler passiert sind. Er zeigt auf, dass organisatorische Mängel bestehen; dass unsere Regierung, der Bundesrat, bei der Bewältigung dieser Krise eigentlich gar keine Rolle spielen konnte, weil ihm keine Rolle zugedacht war; dass unsere Behörden insgesamt unfähig waren, diese Krise zu erkennen, und dass sie die «Too big to fail»-Problematik gar nie bedacht hatten; dass unsere Bankenaufsicht zu stark von den Banken abhängig ist; dass in der Vergangenheit und in der Krisenbewältigung selber Fehler passiert sind. Punkt.

Was nun vorliegt, sind 19 Empfehlungen, um die aufgedeckten Mängel zu beheben. Die Empfehlungen basieren auf Fakten und sind von den GPK sauber herausgearbeitet worden. Es gibt kaum einen Grund, weshalb diese Empfehlungen nicht umgesetzt werden sollten. Tatsächlich ist wenig substanzielle Kritik an diesen Empfehlungen zu vernehmen. Es gibt aber auch keinen Grund, jetzt irgendwelche Ränkespiele zwischen Parlament und Bundesrat zu veranstalten, anstatt sich unverzüglich an die Umsetzung der Empfehlun-

gen zu machen. Ich habe es eingangs angetönt: Es geht hier nicht um irgendeines der in unserem Metier üblichen Machtspielchen zwischen Regierung und Parlament. Es geht um die Bewältigung eines nationalen Krisenfalls und um die zukünftige Verhinderung eines solchen. Dabei ist es nicht dienlich, wenn wir uns in Selbstschutz und Profilierung verlieren. Leider war in den Medien in den letzten Tagen von beiden Seiten kaum etwas anderes zu vernehmen.

Wir können natürlich schon mit Getöse eine PUK verlangen. Wir können schon in populärer Art über die andere Seite wettern. Was aber soll das bringen? Nichts bringt das! Deshalb mein Aufruf: Nehmen wir den GPK-Bericht so an, und fordern wir ganz einfach mit Nachdruck die Umsetzung der darin enthaltenen Empfehlungen. Wenn wir das tun, dann tun wir nämlich etwas, was zur Bewältigung der Krise unabhängig ist: Wir halten mit der Empfehlung 19 den Druck auf die UBS aufrecht. Unter all den Schuldzuweisungen der letzten Tage wäre eines nämlich beinahe vergessen gegangen: Die Schuld an der ganzen Misere trägt weder der Bundesrat noch das Parlament, die Schuld tragen die Banker, die zwei Dinge getan haben: Sie haben ihre Finanzkonstrukte so weit aufgeblasen, dass sie einfach platzen mussten, und sie haben in den USA Geschäfte jenseits der Grenze des Legalen getätigt, und dies in einer Bank, die den Namen unseres Landes in ihrer Firmenbezeichnung trägt; dort sitzen die Schuldigen. Auch wenn griffige Rechtsmittel fehlen, so ist es nach der staatlichen Rettung der Bank doch eine legitime Forderung eben dieses Staates, dass auch die UBS ihre Schuld untersucht und die Schuldigen aus den eigenen Reihen zur Rechenschaft zieht.

In diesem Sinne nehmen wir Kenntnis vom Bericht und fordern den Bundesrat auf, die Umsetzung der Empfehlungen darin unverzüglich an die Hand zu nehmen.

Français Olivier (RL, VD): Il nous est donné aujourd'hui de réagir sur la crise financière et sur le rapport de la Commission de gestion. Je me permets en premier lieu de réagir sur la forme. Le rapport de la Commission de gestion révèle – ou plutôt rappelle – les difficultés de notre Conseil fédéral à se comporter comme un collège. Les réactions spontanées de certains des membres du collège démontrent qu'il n'a pas envie de changer. Il est étonnant de constater que même ceux qui n'ont pas été cités se sentent obligés de justifier personnellement cette attitude; pour certains, cela confirme leur volonté de ne pas se comporter en personnes responsables. C'est étonnant et choquant. Il est vrai que je ne vous apprend rien. Mais une fois, seulement une fois, pourrions-nous entendre notre gouvernement fédéral parler d'une même voix, une fois seulement sentir ses membres solidaires dans l'adversité? Rien de cela ces derniers jours! Alors comment voulez-vous qu'en période de crise, dans les moments difficiles, ce fameux collège se comporte comme un ensemble de personnalités responsables et reconnues comme telles?

Il est vrai que, pour certains de ses membres en manque d'existence et de reconnaissance – on vit par blogs et Facebook interposés –, le dédain envers les membres du Parlement est devenu un jeu, mais il n'est pas drôle. Les expériences faites dans ma commune sur la gestion des affaires laissent parfois apparaître ce type d'attitude dédaigneuse; dans ce cas, nous nous efforçons publiquement d'être respectueux. J'ai en tout cas la certitude qu'une CEP n'apportera pas réellement de changements.

Cela étant, sur le fond, reconnaissons au moins que le travail a été bien fait par la Commission de gestion; les délégués des deux chambres méritent le respect. Admettez que la synthèse de leur travail est juste et que, s'il y a quelque chose à redire, cela est dû aux omissions des personnes interrogées. Après leur silence, ils demandent un rendez-vous avec la Commission de gestion. Étonnant, n'est-ce pas? Car si l'on veut éviter des malentendus, autant s'exprimer clairement lors des entretiens. Je peux en effet témoigner que rien de ce qui a pu être dit ou suggéré n'a été mal compris par mes collègues. Alors ces témoignages qui nous révèlent ou nous révéleront une nouvelle vérité ne sont que la traduction

du peu de sérieux accordé à la mission de la Commission de gestion. Une chose est certaine: la gestion de la crise financière est un succès, tant financier que social, et ce constat est reconnu tant par les milieux professionnels que politiques. Oui, il y a eu quelques problèmes entre deux conseillers fédéraux, mais ils n'ont pas affecté le résultat, or seul celui-ci compte.

Par contre, il est vrai que l'entraide administrative entre la Suisse et les Etats-Unis mérite que l'on s'y attarde sur deux niveaux. Premièrement au niveau du Conseil fédéral et de sa gouvernance en période de crise et, deuxièmement, au niveau d'UBS qui affirme à l'échelon de sa direction «ne pas savoir». C'est curieux, n'est-ce pas, on retrouve cette arrogance, on retrouve ceux qui n'assument pas leurs actes. Cela prouve que notre système n'est pas une machine, mais qu'il est composé d'êtres humains qui sont faillibles.

Il est étonnant qu'UBS ne se soit pas inquiétée que l'une de ses filiales fasse trop de bénéfices! C'est normal, la machine de l'entreprise fonctionne bien. Mais le conseil d'administration avait-il connaissance de cette machine? Non, c'était la machine secrète d'UBS et seul le sous-sous-directeur aux Etats-Unis en avait connaissance. On l'a remercié avec un de ces bonus dont les banques ont le secret, mais je vous promets qu'on n'a pas cherché à savoir!

Voilà ce qui est intolérable, voilà ce que demande la Commission de gestion: que la direction d'UBS nous informe et que les responsables assument.

Que les politiques réclament une suite au rapport de notre Commission de gestion, c'est normal et légitime. Il y a lieu de rappeler à la direction d'UBS que, si son conseil d'administration a une responsabilité vis-à-vis de ses actionnaires, UBS a aussi, et avant tout, une responsabilité devant le peuple suisse qui l'a sauvée de la faillite. Les actionnaires doivent du respect autant aux employés d'UBS qu'aux contribuables que nous sommes et à ceux que nous représentons dans notre Parlement.

Le jeu politique doit cesser. Nos institutions ont une valeur et, par votre demande d'instituer une commission d'enquête parlementaire, vous mettez en cause le rôle de la Commission de gestion, la qualité du travail de ses membres. Vous faites croire à notre population qu'une commission d'enquête parlementaire apportera d'autres réponses, alors même que vous savez que c'est faux. Vous faites croire que l'on va juger l'un ou l'autre, alors que notre jugement ne peut être que politique. Vous cherchez un coupable dans le milieu politique? Ils sont cités dans notre rapport, tant il est clair. Vous avez d'autres questions, alors exprimez-les! Cela a été fait par certains aujourd'hui, d'autres suivront. Je vous assure que l'on peut répondre par la Commission de gestion, avec ses prérogatives. Si l'un ou l'autre des protagonistes refuse de nous répondre, on utilisera les armes que nous donne le droit. Vous faites croire que la Commission de gestion n'a pas vu tous les documents – c'est faux, et nos rapporteurs vous le confirmeront –, qu'UBS ne veut pas rencontrer les délégations du Parlement alors même qu'elle vient d'en faire la demande!

Confiance et responsabilité sont deux attentes de notre population. Assumons avec le Conseil fédéral les erreurs du passé. Tirons-en les conclusions et construisons le futur pour affronter les crises qui viendront.

J'espère que ce message de responsabilité sera entendu, même si j'en doute un peu quand j'observe les votes d'hier sur l'accord Suisse-Etats-Unis. Mais je suis un optimiste.

Baumann J. Alexander (V, TG): Warum es eine PUK braucht? Beginnen wir ganz oben, beim Bundesrat: Nachdem bekannt ist, dass auf Anordnung von alt Bundesrat Couchepin keine Protokolle betreffend den Bereich UBS geführt werden durften, sind wir darauf angewiesen, dass alle Gespräche, Berichte, Mitberichte sowie alle Beschlüsse und Entscheide, die nicht protokolliert worden sind, in einer PUK untersucht und nachvollzogen werden. Alle aufzufindenden Protokolle und Notizen im Zusammenhang mit den Verträgen, der Beurteilung der Rechtslage und der Abklärung der Verantwortung sind der PUK zu unterbreiten.

Im EFD wurde im ersten Halbjahr 2008 auf der Basis von Anträgen des Steuerungs Ausschusses KLL ein Rettungsplan für die UBS entwickelt und in Form eines Non-Papers vorgetragen. Die PUK muss ermitteln, auf Basis welcher Informationen dies erfolgt ist. Welches waren die Grundlagen für dieses Konzept? Woher stammen die Informationen? Von der UBS, von der EBK, von der Nationalbank, vom Finanzdepartement? Da die GPK die Protokolle des Steuerungsausschusses KLL nicht erwähnen, kann nur eine PUK die Frage klären.

Mit Sicherheit sind Gespräche geführt worden zwischen der Spitze der UBS – VR-Präsident, CEO, Geschäftsleitung – und der EBK. Von diesen wichtigen Gesprächen sind keine Protokolle bekannt. Ein Grund dafür besteht wohl darin, dass eine starke Beeinflussung seitens der UBS gegenüber der EBK nicht auszuschliessen ist.

Die Rolle und die Information der Revisionsgesellschaft der UBS, Atag Ernst & Young, wird im GPK-Bericht überhaupt nicht behandelt. Der Name kommt zweimal in einer Fussnote vor – ohne Bezug zu etwas, was substantiell wäre. Keinerlei Protokolle, Berichte und Gespräche zwischen Atag Ernst & Young und der EBK sind im GPK-Bericht berücksichtigt. Das ist für den Zeitraum ab 2007 durch eine PUK nachzuziehen. Die im Bericht vorgeschlagene neutrale Expertenkommission kann nur im Rahmen einer PUK eingesetzt und geführt werden.

Als absoluter Irrsinn muss die Tatsache bezeichnet werden, dass die Verhandlungen mit dem Department of Justice in Amerika vom Bundesrat an die EBK delegiert wurden. Die eigentliche Aufgabe der EBK ist nämlich die Überprüfung der Einhaltung der schweizerischen Vorschriften durch die Schweizer Banken. Sie darf daher sicher nicht instrumentalisiert werden, um angebliche Gesetzesverletzungen in den USA zu verteidigen. Es ist zu prüfen, welchen Auftrag der Bundesrat der EBK erteilt hat. Dieser Auftrag führte ja zum Vertrag über die Herausgabe von rund 4500 Datensätzen von vornehmlich amerikanischen Bankkunden, und aus ihm resultiert die Abschaffung des Bankkundengeheimnisses. Es ist noch unklar, wer die Verantwortung für diesen Vertrag tragen muss. Wer hat den entsprechenden Auftrag erteilt, wer hat den Vertrag ausgearbeitet, wer hat verhandelt, wer hat ihn unterschrieben? Aber auch die Vereinbarung, welche die UBS aufgrund der ihr von alt Bundesrat Villiger erteilten illegalen Spezialbewilligung mit dem IRS getroffen hat und die den Kern des UBS-Debakels ausmacht, ist in ihren Auswirkungen und Grenzen durch eine PUK zu untersuchen.

Alle diese Fragenkreise muss eine PUK untersuchen, damit der Finanzplatz Schweiz bei der nächsten Krise besser aufgestellt ist. Nur wenn aus diesen Fragen die notwendigen Schlussfolgerungen gezogen werden können, sind wir für die nächste Krise gewappnet.

Wyss Brigit (G, SO): Nur wenn der Nationalrat heute beschliesst, eine PUK einzusetzen, nimmt er seine staatspolitische Verantwortung tatsächlich ernst. Es liegt ganz klar im Interesse der Öffentlichkeit, die schwerste Finanzkrise seit Jahrzehnten umfassend aufzuarbeiten, und zwar nicht für die Geschichtsbücher, nicht als Vergangenheitsbewältigung, nicht aus Gründen der Psychohygiene und auch nicht aus billiger Profilierungssucht. Die Erkenntnisse einer vertieften Analyse werden vielmehr helfen, die Schweiz besser auf die neuen Herausforderungen im Zusammenhang mit globalen Krisen vorzubereiten.

Bisher wurden in der Schweiz vier PUK eingesetzt: 1964 ging es um die sogenannte Mirage-Affäre, 1989 um den vorzeitigen Rücktritt von Bundesrätin Elisabeth Kopp – im Anschluss daran wurde das EJPD zudem wegen der Fichen-Affäre untersucht –, 1990 wurde der Militärische Nachrichtendienst im EMD untersucht, und schliesslich wurden 1996 die Führungsprobleme in der Pensionskasse des Bundes ausgeleuchtet. Bei allen bisherigen Untersuchungen standen am Anfang Fragen im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Bundesrates und der Bundesverwaltung.

Das Parlament hat aber nicht nur die Oberaufsicht über die Tätigkeit des Bundesrates, der Bundesverwaltung und der

eidgenössischen Gerichte. Das Parlament übt auch die Oberaufsicht über andere Träger von Bundesaufgaben aus wie beispielsweise die Finma, vormals EBK. Genau in diesem Bereich vermag der Bericht der GPK nicht zu überzeugen. Hier zeigt sich eine gravierende methodische Schwäche des Berichtes. Der Bericht wurde bekanntlich in zwei Teile unterteilt, was angesichts der Komplexität der Materie auf den ersten Blick durchaus verständlich ist. Im ersten Teil wird das Verhalten der schweizerischen Behörden im Zusammenhang mit der Finanzkrise untersucht und im zweiten Teil das Verhalten der Behörden im Zusammenhang mit der Herausgabe von UBS-Kundendaten an die USA. Tatsächlich aber lassen sich diese beiden Untersuchungsgegenstände nicht trennen. Vielmehr braucht es jetzt eine Synthese, eine Verknüpfung dieser beiden Teile, um besser nachvollziehen zu können, was wirklich passiert ist.

Der grosse zusätzliche Gewinn einer PUK liegt darin, dass nun alle Beteiligten mit den Schlussfolgerungen des GPK-Berichtes konfrontiert werden können. Die Finanzkrise ist nicht plötzlich und ohne Vorwarnung über uns hereingebrochen, im Gegenteil. Sie ist das Ergebnis einer auch von Insidern als unheimlich beschriebenen Dynamik, die niemand mehr stoppen und die in diesem Ausmass wohl auch niemand voraussehen konnte. Die Ergebnisse der PUK sind offen. Wie sich aber in der Vergangenheit gezeigt hat, führt eine PUK immer wieder zu überraschenden Ergebnissen. Das Instrument der PUK ist genau für solche Ereignisse wie die Finanzkrise gedacht.

Damit das Parlament das Heft nicht aus der Hand geben muss, bitte ich Sie heute, der Einsetzung einer PUK zuzustimmen.

Kiener Nellen Margret (S, BE): Als Präsidentin der Finanzkommission unseres Rates ist es mir wichtig festzuhalten, dass die Finanzkommission sich an ihrer Sitzung vom 21. Januar 2010 mit der Frage der Einsetzung einer PUK in Sachen Finma/UBS befasste. Die Arbeit der Arbeitsgruppe der beiden GPK wurde positiv gewürdigt. Mit 19 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung stimmt die FK-NR dem Antrag der WAK-NR zu, die Frage der Einsetzung einer PUK an der nächsten Büro-Sitzung zu traktandieren. «Diese sollte damit beauftragt werden, die Geschehnisse und Handlungen des Bundesrates, der Finma und der SNB im Zusammenhang mit der Bewältigung der Finanzmarktkrise und der Aufsicht der UBS sowie der Herausgabe von UBS-Kundendaten zu untersuchen.» So hiess es in der Medienmitteilung der FK-NR vom 21. Januar 2010. Hauptargumente für eine PUK waren deren weiter gehende Kompetenzen, Instrumente und Informationsrechte. Die FK-NR hat nach der Verteilung des GPK-Berichtes vom 30. Mai 2010 zur Finanzkrise und zu den Amtshilfeverfahren USA/Schweiz keine Sitzung mehr abgehalten. Eine aktuelle Position der FK-NR liegt nicht vor. Ich spreche daher ab jetzt im Namen der SP-Fraktion.

1. Angesichts der Tragweite der Finanzkrise muss auf der grossen Arbeit der GPK aufgebaut werden. Es gibt gewichtige Lücken zu füllen. Eine PUK hat klar mehr Kompetenzen, als sie die GPK, die Finma oder eine unabhängige Expertenkommission auch mit Zusatzaufträgen hätten. Wichtiger als die Partei des PUK-Präsidiums ist der Umstand, dass zusätzlich zum Oberaufsichtswissen der GPK das Fachwissen der beiden FK und der beiden WAK einfließen kann. Das sind Kommissionen, die sich zuständigkeitshalber mit den Beteiligten im Finanzsektor zu befassen haben. Auch das gibt einer PUK eine besondere fachliche und politische Stärke. Als Rechtsanwältin mit fast dreissigjähriger Prozess Erfahrung ist es mir wichtig, Ihnen zu sagen, dass die Strafandrohung bei falscher Zeugenaussage in der Praxis eben gerade zu anderen inhaltlichen Aussagen führt, als dies bei informellen Befragungen der Fall ist – sonst würde es dieses Institut ja nicht geben.

2. Verfahrensmässig ist mir auch wichtig, dass die Rechte der Betroffenen klar und fair geregelt sind. Die mündlichen oder schriftlichen Stellungnahmen der Personen, gegen die Vorwürfe erhoben werden, müssen im Bericht sinngemäss wiedergegeben werden. Es sollte also gerade vermieden

werden, dass tatsächlich wesentliche Beschlüsse oder Bemerkungen des Bundesrates im Bericht «grösstenteils nicht aufgenommen» werden, wie der Bundesrat an seiner Medienkonferenz vom 4. Juni 2010 und in seiner Antwort auf meine Frage 10.5251 in der Fragestunde vom 7. Juni 2010 glaubhaft rügte.

Angesichts der Tragweite der Ereignisse bitte ich Sie, der parlamentarischen Initiative unseres Büros zur Einsetzung einer PUK in Sachen Finanzkrise/UBS Folge zu geben. Nur so können wir Transparenz gegenüber der schweizerischen und der internationalen Öffentlichkeit erreichen.

Neirynek Jacques (CEg, VD): Une minorité importante du groupe PDC/PEV/PVL est favorable à une commission d'enquête parlementaire. La Commission de gestion mentionne elle-même dans son rapport qu'elle fut limitée dans ses investigations, en particulier sur le rôle de l'UBS et de ses relations avec la FINMA.

La Commission de gestion centre ses recommandations sur le Conseil fédéral comme s'il était le principal responsable. Comme l'a si bien dit Madame Moret dans sa métaphore, on s'en prend aux pompiers de base, maladroits, mal équipés, sans chef, de façon à esquiver une action contre l'incendiaire. On laisse vaguement entendre que le pompier FINMA aurait des relations obscures avec l'incendiaire UBS. Telle sera la fonction de la commission d'enquête: créer la transparence là où règne encore la confusion.

Contrairement à ce qui a été dit, rien n'empêche le gouvernement et le Parlement de mettre déjà en oeuvre les recommandations de la Commission de gestion. On présente la commission d'enquête comme un obstacle aux conclusions de la Commission de gestion. C'est une argutie. C'est à la commission d'enquête de partir du travail déjà accompli.

En plus de cette approche rationnelle d'une commission d'enquête, il faut tenir compte de sa dimension symbolique et politique. Le peuple ne comprendrait pas que le Parlement refuse de faire toute la lumière sur des événements scandaleux et catastrophiques. Toutes les conditions sont toujours réunies pour une nouvelle crise. Aucune mesure décisive n'a été prise, les anciens dirigeants d'UBS jouissent d'une immunité de fait, des salaires extravagants continuent à être distribués. L'Etat est impuissant face à cette gabegie. La confusion du vote du mardi 8 juin démontre que la transparence n'est toujours pas réalisée.

Ce qui est en jeu, c'est le rapport entre les pouvoirs politique et économique. L'Etat n'a eu d'autre issue que de sauver une entreprise privée et ses dirigeants engagés dans des actions criminelles. Le flottement dans l'action gouvernementale est inscrit dans les institutions et n'est pas de la responsabilité des individus. Comment gouverner sans chef, sans programme et sans majorité? Dès lors, le Conseil fédéral a défendu tour à tour des thèses contradictoires. Le secret bancaire n'est pas négociable, disait-on, mais cela signifiait que la Suisse est tellement forte qu'elle n'entre même pas en matière. Du jour au lendemain, c'est devenu: la Suisse est tellement faible qu'elle n'est pas en mesure de négocier quoi que ce soit. On touche ici à l'exercice même du pouvoir et à la définition de l'Etat; c'est plus grave et plus important que les raisons somme toute secondaires qui ont jadis entraîné la création de commissions d'enquête parlementaires.

Hier, le Conseil fédéral a encore tenté de nous forcer la main en expliquant que nous devions entériner un accord international conclu illégalement et condamné par le pouvoir judiciaire. Il est plus que temps pour le Parlement de défendre ses prérogatives en les exerçant jusqu'au bout.

Mörgeli Christoph (V, ZH): Wenn wir uns heute die Frage nach der Einsetzung einer PUK stellen, muss doch die einzige Leitfrage das Landesinteresse sein. Ein solcher Fall darf sich nicht wiederholen. Unser Finanzplatz und unsere Finanzmarktaufsicht müssen ein nächstes Mal besser aufgestellt sein. Ich muss Ihnen sehr ernsthaft ans Herz legen: Dieser Fall kann sich wiederholen. Wir haben einen äusserst unsicheren Euro. Wir haben Länder, die vor dem Staats-

bankrott stehen, Ungarn ist der neueste Kandidat. Es werden weitere Bankenzusammenbrüche stattfinden. Wir haben eine gewaltige, milliarden schwere Derivatensblase, die jederzeit platzen kann.

Nun stellt sich die Frage: Sorgt der GPK-Bericht dafür, dass sich ein solcher Fall nicht wiederholt? Ich muss Ihnen sagen: Das tut er nicht. Der GPK-Bericht ist ein relativ braves Gefechtsjournal, das nachzeichnet, was passiert ist, vor allem auch im Bundesrat, aber es ist ein braves Gefechtsjournal von Leuten, die von diesem Gefecht relativ wenig verstehen. Vor allem haben sie den entscheidenden Zeitraum nicht ins Auge gefasst, nämlich das Jahr 2005. Da ist das Entscheidende passiert, und da wäre doch die Leitfrage: Warum hat unsere Bankenaufsicht nicht gesehen, welche Gefahr für unsere Grossbanken sich in den USA zusammenbraut? Warum hat in dieser Zeit die EBK vor allem private Kleinbanken geplagt, statt das Interesse und die Aufmerksamkeit auf diese Hauptgefahr zu lenken? Entscheidend war das Jahr 2005. Warum stellt man sich nicht die Frage, was die Revisionsgesellschaften damals getan haben? Atag Ernst & Young nimmt rund 60 Millionen Franken pro Jahr von der UBS, um Rechnungen zu revidieren. Ja, haben die gar nichts gemerkt? Diese Revisionsgesellschaft handelt im Auftrag des Bundesrates, der Öffentlichkeit, der Schweiz!

Der Bundesrat hat in diesem Falle keine Protokolle geführt, das wurde bereits gerügt. Stellen Sie sich das einmal vor: In der grössten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg gab es keine Protokollführung durch die Regierung! Dasselbe gilt für die Finma. Sie hat über ihre vielen Gespräche mit den UBS-Verantwortlichen keine Protokolle geführt. Das ist doch nicht möglich.

Wir müssen Massnahmen treffen zur Verhinderung des, so würde ich meinen, grössten Rechtsbruchs durch den Bundesrat in der Geschichte des Bundesstaats. Eine Auslieferung von Daten und ein nachträgliches Setzen von Recht, das jetzt plötzlich Recht zu Unrecht macht, das ist doch nicht erträglich! Hier ist der Gesamtbundesrat in der Pflicht, vor allem aber auch die Justizministerin, die diesen Rechtsbruch zugelassen hat. Wir müssen es ablehnen, wenn diese Justizministerin uns heute schulmeister und zur Sachlichkeit auffordert. Die schlimmste Unsachlichkeit ist mit diesem widerrechtlichen Vertrag passiert.

Wenn die GPK jetzt vorschlagen, das Vorgehen der Bank müsse noch von einer Spezialistenkommission aufgeklärt werden, ist das eine Bankrotterklärung. Man hat einfach das Sachwissen nicht gehabt, um hier richtig vorzugehen. Die 19 Forderungen am Ende des Berichtes sind kleinkarierte Aufforderungen zur Aufblähung der Verwaltung. Das bringt uns doch nicht weiter. Wir haben doch das Problem nicht gelöst, wenn wir sagen: Ein Bundespräsident mit zweijähriger Amtszeit wird es dann schon lösen. Wollen Sie zwei Jahre Bundespräsident Merz? Wollen Sie zwei Jahre Bundespräsident Couchevin, der im schrecklichen Jahr 2008, diesem «annus horribilis», der Regierung vorgestanden ist? Er hat nicht erkannt, was sich in den USA im Verhältnis zur Schweiz zusammenbraute. Er hat Reisen absolviert, die ich als ein touristisches Lieblingsprogramm bewerten würde: Er ging nach Rabat, Kairo, Manila, an die Eröffnung von Peking's Olympiade, nach Beirut, Ljubljana, Aserbaidschan, Santiago de Chile und Ho-Chi-Minh-Stadt. Sollen das unsere Behörden sein?

Hier muss eine PUK her. Es dürfen nie mehr solche Dinge geschehen, und wir dürfen das Feld jetzt nicht den Mischlern und Mausclern überlassen, die alles zudecken wollen.

Goll Christine (S, ZH): Wenn sich Parlamentarier und Parlamentarierinnen davor verschliessen, das Primat der Politik einzufordern, dann müssen sie sich nicht wundern, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes frustriert abwenden. Dann bestätigt sich nämlich für sie: Grossbanken und ihre Handlanger im Bundesrat regieren die Schweiz; Staat gleich UBS; bürgerliche Parteien fungieren als bezahlte Marionetten der Finanzinstitute – und die Zeche bezahlt das Volk.

Es braucht nach wie vor eine PUK, um unter Einbezug der GPK-Fleissarbeit die ausgeblendeten Fragen zu beantworten. Eine PUK kann in diesem Fall durchaus neue Erkenntnisse bringen, und sie muss dies auch.

Es sind im Wesentlichen drei zentrale Fragen, die politische Antworten brauchen:

1. Wie steht es mit der Abhängigkeit des Bundesrates vom Finanzplatz Schweiz? Es braucht eine schonungslose Aufdeckung des Filzes zwischen einzelnen Bundesräten und den UBS-Verantwortlichen.

2. Wie konnte es dazu kommen, dass der damalige Bundespräsident ein Protokollverbot anordnete, wo doch Entscheide von einer enormen Tragweite für die gesamte Bevölkerung gefällt wurden? Es muss verhindert werden, dass bei künftigen tiefgreifenden Krisen, wie wir sie hier erlebt haben und immer noch erleben, die Demokratie einfach ausgeschaltet werden kann.

3. Weshalb hat die unabhängige Aufsicht von Finma und Nationalbank nicht funktioniert? Wie kann die Aufsicht für die Zukunft sichergestellt werden? Es braucht endlich eine unabhängige Kontrolle über die Finanzinstitute und eine verstärkte Regulierung der Finanzmärkte.

Mit der Einsetzung einer PUK fällt den GPK kein Zacken aus der Krone, im Gegenteil: Eine PUK kann die von den GPK geleistete Arbeit unterstützen und ergänzen, indem sie die ausgeblendeten Fakten ins Licht rückt. Eine PUK trägt dazu bei, die politischen Institutionen wieder aufzuwerten und das Vertrauen in die Politik wiederherzustellen. Mit einem Ja zur Einsetzung einer PUK sorgen Sie für eine schonungslose Aufdeckung der Ursachen des Bankendebakels mit all seinen negativen und schädlichen Auswirkungen auf die Wirtschaft, die Politik und letztlich auf die gesamte Bevölkerung. Sie tragen dazu bei, die tatsächlich Verantwortlichen in die Pflicht zu nehmen.

Es geht nicht einfach um die Verbesserung der Gruppendynamik im Bundesrat, sondern es geht darum zu verhindern, dass der Grossteil der Bevölkerung den Preis für das verantwortungslose Handeln und die egoistische Bereicherung einiger kleinen Bankereliten zu bezahlen hat.

Miesch Christian (V, BL): Seit Jahrzehnten kennt unser Parlament als Kontrollorgan die GPK – und die PUK als schärfere Mittel. Wir haben es schon gehört: Wann wurde in der Vergangenheit eine PUK eingesetzt? Bei der Mirage-Affäre, bei der P-26, beim Pensionskassendebakel des Bundes. Verglichen mit Finanzkrise und UBS waren diese Ereignisse Klackse, und ausgerechnet hier will man keine PUK. Ich selbst bin Mitglied der GPK und war immer für eine PUK; ich bin es auch jetzt noch.

Bei einem Flugzeugabsturz sucht man die Blackbox. Hat man sie gefunden, folgt eine Untersuchung. Auch bei diesem Absturz, bei der Finanzkrise, haben wir eine Blackbox gefunden. Die Blackbox heisst zum Beispiel UBS oder Finma. Aus diesen Gründen ist es absolut gerechtfertigt, ja, drängt es sich geradezu auf, diese Blackbox weiter zu untersuchen. Ohne politischen Druck, ohne PUK, werden die UBS und der Bundesrat möglichst bald zum Alltag zurückkehren. Appelle an die Eigenverantwortung werden verhallen, wie die Erfahrungen mit den Boni gezeigt haben.

Aus all diesen Gründen empfehle ich Ihnen, der SVP-Fraktion zu folgen und eine PUK einzusetzen.

Carobbio Guscetti Marina (S, TI): La commistione tra interessi pubblici di uno Stato e interessi privati di banchieri senza scrupoli e il malfunzionamento di una democrazia – questi sono i fili conduttori principali di una vicenda che segnerà la storia svizzera. I protagonisti di questa storia sono loro: i dirigenti dell'UBS, Kurer e Ospel, il consigliere federale Merz e i dirigenti dell'autorità di vigilanza sulle banche che non hanno visto o meglio non hanno voluto vedere quanto succedeva, ma anche quei partiti come il PLR che come abbiamo sentito oggi dalla sua portavoce Isabelle Moret hanno ricevuto finanziamenti dall'UBS.

Per permettere finalmente di chiarire quello che è il più importante avvenimento dell'intera storia economica del nostro

Paese e soprattutto per far sì che la democrazia torni ad avere il sopravvento, è necessario ora istituire una commissione parlamentare d'inchiesta – uno strumento eccezionale per una situazione eccezionale che, proprio perché dotato di mezzi speciali, permetterebbe di chiarire una volta per tutte la dipendenza del mondo politico e delle autorità di vigilanza da quello finanziario, chiamando i responsabili a rispondere. Sono accertamenti necessari che permetterebbero di chiarire come il salvataggio per ben tre volte dell'UBS è stato dettato dal timore che a finire sotto accusa delle autorità americane fossero Ospel e Kurer, e che permetterebbero di dimostrare quanto sapevano i dirigenti dell'UBS sugli affari illegali negli Stati Uniti e di capire perché nel autunno 2008 si è arrivati al salvataggio dell'UBS con oltre 60 miliardi di franchi di soldi pubblici.

La Svizzera rimane fortemente esposta al pericolo di una crisi del mondo finanziario in particolare riguardante una grande banca. Occorre quindi agire per porre rimedio alla situazione.

Nei giorni scorsi abbiamo visto ancora una volta come gli interessi personali di dirigenti di grandi istituti siano anteposti all'interesse pubblico. Nessuna regola sui bonus, nessuna misura per contrastare i rischi delle grandi banche, troppo grandi per fallire, nessuna misura di regolazione – niente! E a tutto ciò si deve ancora aggiungere l'impunità per chi ha fatto sì che l'UBS potesse sistematicamente aiutare evasori fiscali statunitensi a sottrarsi al fisco, per chi ha costruito un modello bancario basato sull'aggiornamento metodico di leggi.

Il rapporto della commissione della gestione ci illustra un grave capitolo della storia svizzera e ne lascia trasparire degli aspetti preoccupanti. Una commissione d'inchiesta permetterà di trarre le debite conclusioni politiche per evitare che situazioni simili si ripetano. Non possiamo demandare queste conclusioni a indagini interne, condotte magari come si sente in questi giorni dall'UBS stessa o da ambienti a lei vicina. Per rispetto dei cittadini e delle cittadine, per rispetto della cosa pubblica, della democrazia e delle istituzioni stesse, oggi noi dobbiamo dare un reale segnale di cambiamento e dobbiamo istituire la commissione parlamentare d'inchiesta.

Lustenberger Ruedi (CEg, LU): Bei aller absolut gerechtfertigten Kritik, welche im Bericht der GPK, den Herr Mörgeli allerdings als «Gefechtsjournal» bezeichnet hat, an die Adresse des Bundesrates und der Finma gerichtet wird, bleibt doch festzuhalten, dass der Bundesrat, die Finma und die Nationalbank die Rolle der Feuerwehr innehatten. Die Arbeit der Feuerwehr wird im Bericht der GPK zu Recht scharf gerügt, aber bevor eine Feuerwehr in Aktion treten muss, gibt es einen Brand und Brandstifter, und diese Brandstifter sind in der UBS zu Hause. Die UBS trägt eindeutig die Hauptverantwortung für diese für die Eidgenossenschaft höchst unerfreuliche Angelegenheit. Deshalb fordern die GPK auch mit Nachdruck, dass bei der Bank eine umfassende Untersuchung durch eine externe, unabhängige Expertengruppe durchgeführt wird. Sollte diese zum Ergebnis kommen, dass Straftatbestände vorliegen, sind die entsprechenden Organe und Personen der Justiz zuzuführen. Das erwartet nicht nur die Politik, sondern die Öffentlichkeit hat geradezu ein Recht darauf.

Seinerzeit wurde die UBS mit dem Einsatz von 66 Milliarden Schweizerfranken aus dem Volksvermögen und mit der Preisgabe des Schweizer Bankgeheimnisses vor dem Untergang gerettet. Eigentlich hätte man von der damaligen Führung der UBS erwarten dürfen, dass sie die Daten selber ausliefern würde. Sie hätte damit zwar Schweizer Recht gebrochen und wäre entsprechend auch zur Rechenschaft gezogen worden, aber sie hätte so mindestens die Verantwortung für ihr eigenes Handeln übernommen. Weil sie sich weigerte, war dann die Finma gut genug, diese Drecksarbeit zu leisten. Dieses Verhalten ist für die damaligen Manager symptomatisch: zuerst grosse Boni kassieren und dann, wenn es gilt, für den angerichteten Schaden geradezustehen, die Behörden ins offene Messer laufen lassen.

Bis jetzt hat es die UBS an der nötigen Sensibilität mangeln lassen. Erst jetzt, da der GPK-Bericht mit Nachdruck eine Aufarbeitung fordert, scheint das Eis am Paradeplatz in Zürich endlich zu schmelzen.

Nun zum Bundesrat: Bei allem Respekt vor der Institution Bundesrat kommt man nicht umhin, die Arbeit einzelner Mitglieder und vor allem das Kollegium einer sachlichen Kritik zu unterziehen. Diese Kritik fällt zum Teil ernüchternd aus. Bei der Bewältigung der Finanzmarktkrise und bei der Herausgabe von UBS-Kundendaten wurde den Geboten des Kollegialsystems viel zu wenig nachgelebt. Es darf nicht sein, dass der schweizerische Finanzminister dem Bundesratskollegium, nur weil er um den Börsenkurs der UBS besorgt ist, bis zum Beschlusstermin Informationen vorenthält. Es darf auch nicht sein, dass der Bundespräsident in einer so wichtigen Angelegenheit ohne Widerrede der sechs Kolleginnen und Kollegen anordnet, es sei kein Protokoll zu erstellen. Das geht nicht!

Die Hauptkritik richtet sich an das Kollegium als Ganzes. Die Kommission musste leider zur Erkenntnis gelangen, dass es um das gegenseitige Vertrauen im Bundesrat nicht allzu gut bestellt ist. Die Lehren daraus wurden noch nicht gezogen. Mit Recht wurde heute verschiedentlich festgestellt, dass Frau Bundespräsidentin Leuthard ihre Truppe bis am letzten Samstag einermassen im Griff gehabt habe. Als aber die Sonntagspresse an die einzelnen Mitglieder der Landesregierung gelangte und sie interviewte, kommunizierte jede und jeder in eine andere Richtung.

Viel bessere Noten als der Bundesrat bekommt die Schweizerische Nationalbank. Sie war während der Krise gut über die internationalen Vorgänge informiert. Sie hat auch die richtigen Schlüsse gezogen, wie man im Nachhinein feststellen darf. Mit Philipp Hildebrand ist ein junger, dynamischer Mann an ihrer Spitze, welcher sich auch getraut, den Managern die Stirn zu bieten.

Ich komme zum Schluss: Mit der Empfehlung 19 ist die GPK an die Grenzen dessen gegangen, was sie kann. Leider hat auch eine PUK diesbezüglich keine weiter reichenden Möglichkeiten. Statt nun aber hier zu streiten, ob es tatsächlich noch eine PUK braucht oder nicht, täten wir vermutlich besser daran, uns einmal zu überlegen, ob wir nicht unsere eigenen Rechte bei der Ausübung der parlamentarischen Oberaufsicht noch etwas ausdehnen sollten. Ja, wir sind an Grenzen gestossen – an die Grenzen, die wir uns in unseren Satzungen selber gegeben haben. So gesehen haben auch wir als Parlament institutionelle Hausaufgaben zu bewältigen, genau wie der Bundesrat.

Wyss Brigit (G, SO): Herr Lustenberger, Sie haben jetzt in eindrücklichen Worten die ganze Problematik der Finanzkrise beschrieben. Wir sind beide Mitglieder der GPK, und wir wissen beide, was mit Empfehlungen der GPK in der Regel passiert. Jetzt meine Frage: Woher nehmen Sie das Vertrauen, dass es diesmal mit den Empfehlungen der GPK anders verlaufen wird als bis anhin?

Lustenberger Ruedi (CEg, LU): Ich habe Vertrauen in Sie, Frau Wyss, in mich und in die anderen Mitglieder der GPK. Nachdem der Bundesrat, die Finma, die Nationalbank und die UBS geantwortet haben, liegt es in der Hand der GPK zu überprüfen, ob diese 19 Empfehlungen umgesetzt werden. Auch das, Frau Wyss, gehört zur Arbeit der Oberaufsicht durch die GPK.

Aubert Josiane (S, VD): Crise de confiance, incapacité de travailler dans la confidentialité, chefs de département qui agissent en solo aussi longtemps que la crise n'est pas à vif: la chasse gardée de chaque conseiller fédéral prévaut sur la collaboration!

La sécurité du pays est mise en péril par le pilotage défaillant du Conseil fédéral. La double crise déclenchée par l'UBS et ses agissements scélérats l'a mis en évidence de manière flagrante. Plus grave, ces dysfonctionnements avaient déjà été pointés du doigt à plusieurs reprises ces

dernières années par la Commission de gestion, sans effet apparent sur le fonctionnement du collège.

Au vu de ce qui précède, je suis extrêmement inquiète pour l'avenir du pays et pour le traitement des dossiers très épineux qui nous attendent.

La question européenne est plus que jamais d'actualité: hier, les Vingt-Sept annonçaient vouloir négocier la signature d'un code de bonne conduite fiscale avec plusieurs pays tiers, dont la Suisse. La voie bilatérale devient un chemin escarpé, semé d'embûches.

Du côté de Bruxelles, le ton est amical, mais le Conseil des ministres de décembre 2008 a pris une décision formelle: tout accord avec un pays de l'AELE sera évolutif. Il devra s'adapter automatiquement à l'évolution de la législation européenne. Dans toute discussion avec Bruxelles, il est question d'accord-cadre et de reprise de l'acquis communautaire. Les négociations sont au point mort depuis des mois, mais la tension est latente et des dossiers chauds sont sur le feu – fiscalité cantonale des entreprises, fiscalité de l'épargne, accord «Reach» sur les produits chimiques, et j'en passe.

Le Conseil fédéral a-t-il une stratégie européenne réfléchie, a-t-il déjà lancé l'étude de différentes options et la recherche de solutions pour le long terme, ou est-il de nouveau dans une situation d'attentisme, de gouvernance au jour le jour, faute d'oser aborder l'avenir de nos relations avec l'Union européenne? Il serait dangereux pour l'avenir du pays que de grandes décisions doivent être prises le dos au mur, sous la pression d'événements extérieurs dont nous ne serions plus maîtres, comme ce fut le cas en mars 2009.

La Commission de gestion a accompli son travail rétrospectif. Ses recommandations doivent inciter le Conseil fédéral à repenser son fonctionnement collégial, à traiter les dossiers majeurs, en particulier le dossier européen, en équipe responsable, dans un esprit prospectif pour le bien du pays.

Nous pourrions ainsi, peut-être, éviter à l'avenir d'avoir une commission d'enquête parlementaire sur la gestion du dossier européen. Le rapport du Conseil fédéral sur la question européenne attendu prochainement sera un premier test!

Rime Jean-François (V, FR): Le groupe UDC soutient avec conviction l'initiative parlementaire du Bureau demandant la création d'une commission d'enquête parlementaire.

Premièrement, l'article 163 alinéa 1 de la loi sur le Parlement prévoit la création d'une CEP «en cas d'événements d'une grande portée sur lesquels il est indispensable de faire la lumière». En fait d'«événements d'une grande portée», notre pays traverse la plus grande crise depuis la Deuxième Guerre mondiale. Cette crise est financière, économique et aussi institutionnelle. Les Suissesses et les Suisses se posent des questions sur la capacité d'agir des autorités – Parlement et Conseil fédéral.

Deuxièmement, il s'agit de faire la lumière. La Commission de gestion a fait un rapport de qualité. Mais, on l'a entendu ce matin dans la bouche de Monsieur Veillon, ce rapport se limite à deux sujets: le sauvetage d'UBS et le contentieux avec les Etats-Unis. De plus, les recherches ont été limitées à une période relativement courte. Ce rapport est donc incomplet. Mais ce rapport est aussi alarmant. Il relève le très mauvais fonctionnement de notre gouvernement, y compris de la Chancellerie fédérale. Le Parlement est probablement bien impuissant pour agir sur les causes des crises financière et économique, qui sont en grande partie d'ailleurs internationales. On le sait. Bien sûr, nous devons rapidement trouver des solutions sur la fameuse problématique des risques systémiques liés aux grandes entreprises – on en a abondamment parlé ces derniers jours.

Permettez-moi quelques mots concernant les objectifs à atteindre. Pour certains, il s'agit simplement de mettre Monsieur Ospel et ses acolytes en prison. Personnellement, je n'ai rien contre. Mais vous reconnaîtrez quand même avec moi que ça ne peut pas être notre seul objectif! La prochaine crise ne sera heureusement probablement pas causée par UBS, si tant est qu'UBS existe encore! Nous devons donc garantir une détection précoce des problèmes, établir des

scénarios et surtout des plans de mesures adaptés à ces scénarios pour les prochaines crises qui ne manqueront pas d'éclater. Je l'ai dit, le rapport de la Commission de gestion est une bonne base, mais c'est insuffisant.

Quels sont les moyens pour poursuivre nos objectifs? Nous pourrions prendre acte du rapport et demander au Conseil fédéral de mettre en pratique les 19 mesures proposées. Je me suis laissé dire que de telles mesures avaient déjà été proposées à la fin des années 1990, et on voit le résultat aujourd'hui. Vous reconnaîtrez donc avec moi que ce serait bien léger. Nous pourrions aussi, comme certains le demandent, mettre en place une commission «indépendante». Qui va choisir les membres? En fonction de quels critères? Quel sera sa légitimité politique et surtout légale? Quelles seront ses compétences? Demandera-t-on à UBS de nous dire comment cette commission va travailler? Non, la seule solution, c'est vraiment une commission d'enquête parlementaire.

En conclusion, je crois que nous devons voter pour l'instauration de cette commission; c'est la seule qui serait à même de résoudre la crise de confiance à laquelle nous sommes confrontés et éventuellement d'obliger le Conseil fédéral à mettre en place des mesures pour combattre les prochaines crises. Je vous demande de soutenir l'initiative parlementaire du Bureau, comme nous le ferons.

Wasserfallen Christian (RL, BE): Ich spreche hier als FDP-Fraktionsvertreter und als GPK-Mitglied. Zur Erinnerung: Das Büro des Ständerates sowie die GPK von National- und Ständerat haben den Plan für eine PUK schon viermal negativ bewertet. Wir diskutieren hier eigentlich über kalten Kaffee.

Der GPK-Bericht hingegen wurde in der Kommission einstimmig, das heisst ohne Gegenstimme, verabschiedet. Die Rückmeldungen der Akteure, die im GPK-Bericht ein Thema sind, waren eigentlich allesamt positiv. Er sei differenziert, umfassend und kritisch. Leider hat sich nach dem Erscheinen des GPK-Berichtes immer wieder bestätigt, dass die Bundesratsmitglieder sich separat in den Medien äussern und reinwaschen wollen, was die mangelnde Teamfähigkeit des Kollegiums Bundesrat belegt und den GPK-Bericht eindrücklich bestätigt hat, der dies ja bemängelt hatte.

Fairerweise muss man dazu sagen, dass wir hier über den Bundesrat als Feuerwehr diskutieren und nicht über die Brandstifter der UBS. Aber wenn Sie Empfehlung 19 auf Seite 324 des GPK-Berichtes anschauen, dann sehen Sie, dass der rote Teppich für zivil- und privatrechtliche Klagen ausgerollt ist. Es werden durch den Bund Prozesskosten garantiert und Verfahrensrisiken übernommen. Wo also liegt denn das Problem?

Eine PUK ist kein Gericht, eine PUK ist eine Aufsichtskommission, die im Rahmen der Oberaufsicht amtiert. Warum also muss man eine PUK einsetzen? Die Polparteien, insbesondere die SP, haben schon vor dem Erscheinen des Berichtes nach einer PUK geschrien. Frau Ursula Wyss hat, noch bevor der Bericht erschienen ist, in den Sonntagsmedien gesagt, sie wolle eine PUK. Also kann man doch jetzt nicht kommen und sagen, man sei jetzt, nach dem differenzierten Studium des Berichtes, für eine PUK. In der GPK vergassen die Sozialdemokraten die Gründe zu benennen, warum sie eine PUK wollen. Der Antrag der Sozialdemokraten in der GPK umfasste lediglich zweieinhalb Zeilen. Vergleichen mit 360 Seiten GPK-Bericht ist das eine Lächerlichkeit. Nun kommt die problematische Initiative des Büros des Nationalrates. Man wolle eine Vertiefung des GPK-Berichtes. Aber der Untersuchungsgegenstand ist nicht umfassender als jener der GPK-Arbeitsgruppe. Sie geben sich bis Ende 2010, inklusive Sommerpause, Zeit, mit einer PUK eine Vertiefung vorzunehmen. Ich glaube, wenn es darum geht, was in dieser Zeit alles möglich ist, betreiben Sie grobe Schönfärberei.

Es geht um die eigentliche rechtliche Prüfung eines Staatsvertrages. Sie wissen alle: Nach dem Parlamentsgesetz ist eine PUK nicht befugt, richterliche Kontrollen durchzuführen, richterliche Entscheide zu fällen. Sie können das in Arti-

kel 26 Absatz 4 des Parlamentsgesetzes lesen. Es geht hier um die Frage der Gewaltentrennung. Genau darum ist die Empfehlung 19 entstanden. Im Übrigen hat diese PUK-Diskussion ja einen unmittelbaren Einfluss auf die Diskussion über den Staatsvertrag, ein aktuelles parlamentarisches Geschäft. Ich bin nicht der Meinung, dass wir dieses Geschäft hier konkret diskutieren können, wenn die Einsetzung einer PUK im Raum steht. Seien Sie sich dessen bewusst!

Es ist auch erstaunlich, dass von linker wie auch von rechter Seite in der Staatsvertragsdebatte immer wieder der GPK-Bericht zitiert wird. Immer wieder wird dieser Bericht zitiert. Er muss erstens eine grosse Legitimität haben und zweitens sehr gut sein, dass Sie ihn bei einem so wichtigen Geschäft ständig zu Rate ziehen. Der GPK-Bericht ist in den Augen der Akteure differenziert, vollständig und kritisch. Das hat notabene die Nationalbank geschrieben, die nun wirklich ein unverdächtiges Gremium ist. Der Bericht wurde einstimmig gutgeheissen.

Der Auftrag und der Untersuchungsgegenstand der PUK sind immer wieder etwas zurechtgebogen worden; es wurde daran gewerkelt. Zum einen war eine Vertiefung gefragt, zum anderen höre ich jetzt von der Vertreterin des Büros, von Frau Graf-Litscher, man wolle vier Punkte untersuchen. Ich lese beim Untersuchungsgegenstand aber über diese vier Punkte kein einziges Wort. Eine PUK kann nicht Richter spielen; eine PUK ist nicht befugt, richterliche Kontrollen durchzuführen. Eine PUK ist im Rahmen der Oberaufsicht tätig und hat keine weiteren Aufgaben zu bewältigen als diese.

Noch ein wichtiges Wort zu den Informationsrechten: Es wird ständig und gebetsmühlenartig behauptet, eine PUK hätte mehr Informationsrechte als die GPDel. Im Parlamentsgesetz ist eindeutig festgehalten, dass die Informationsrechte der GPDel dieselben sind wie jene einer PUK. Lesen Sie das in Artikel 166 des Parlamentsgesetzes nach, dann ist dieses Thema ein für alle Mal Geschichte. Eine PUK würde lediglich die gleiche Arbeit ein zweites Mal machen.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der linken und von der rechten Seite, Verantwortung für unser Land übernehmen wollen, dann lassen Sie die Behörden jetzt arbeiten. Herr Schlüer, Sie haben es ja gesagt: Lassen Sie die Leute arbeiten, damit wir gestärkt aus der Krise hervorgehen können. Sagen Sie zum Beispiel auch Ja zum UBS-Staatsvertrag. Übernehmen Sie diese Verantwortung, und reden Sie nicht nur darüber. Lassen Sie nicht Berichte erstellen und die Arbeit doppelt machen!

Ich danke Ihnen, wenn Sie die Minderheit Huber unterstützen. Der Kropf ist nun geleert – es hat sich «ausgepukt».

Präsidentin (Bruderer Wyss Pascale, Präsidentin): Herr Wasserfallen, Sie haben bereits eine Minute zu lange geredet, ich muss Sie unterbrechen. Herr Müller Geri hat eine Frage an Sie.

Müller Geri (G, AG): Herr Wasserfallen, Sie haben gesagt: «Lassen Sie die Leute arbeiten.» Ich weiss nicht, ob es sinnvoll ist, wenn wir die UBS so weiterarbeiten lassen.

Zu meiner Frage an Sie: Ist Ihnen bewusst, dass der wesentliche Unterschied zwischen GPK und PUK derjenige ist, dass die GPK zwar Bundesbehörden und Bundesräte befragen kann, die PUK aber auch noch andere Institutionen? Damit könnte endlich das Puzzleteil zwischen dem, was die Privatwirtschaft gemacht hat, und dem, was die Behörden gemacht haben, eingefügt werden. Ist Ihnen das bewusst?

Wasserfallen Christian (RL, BE): Ja, das ist mir sehr wohl bewusst. Aber Sie wissen, Herr Müller, dass die Oberaufsicht die Überprüfung der Bundesbehörden beinhaltet. Die GPK-Arbeitsgruppe – die Kommissionssprecher haben es gesagt – hat die UBS-Verantwortlichen angehört. Meinen Sie im Ernst, dass die UBS-Verantwortlichen vor einer PUK viel mehr oder etwas anderes sagen würden, als sie vor der GPK-Arbeitsgruppe gesagt haben? Ich gehe nicht davon aus. Und zu Ihrer anfänglichen Bemerkung, man solle die

UBS nicht so weiterarbeiten lassen: Haben Sie die Empfehlung 19 wirklich studiert? Dort wird gesagt, dass sich jetzt ein unabhängiges Expertengremium um die UBS kümmern solle. Man will mit dem Bundesrat zusammen die UBS zwingen, etwas zu unternehmen.

Die GPK können nicht Gericht spielen; genau deshalb ist die Übernahme von Prozessrisiken und Verfahrenskosten durch den Bund in Aussicht gestellt worden. Das ist die Bahn, die man frei macht, um die UBS eben auch belangen zu können. Das ist der Weg, den man beschreiten muss, aber doch nicht der, zweimal dieselbe Kontrolle zu machen; Sie finden mit einer PUK nicht mehr heraus!

Baader Caspar (V, BL): Die SVP-Fraktion bittet Sie, der Mehrheit zu folgen, also der parlamentarischen Initiative für die Einsetzung einer PUK Folge zu geben. Der GPK-Bericht deckt zwar interessante Fakten und Einzelheiten auf, zum Beispiel, dass der Bundesrat die Behandlung des wichtigsten Geschäfts auf Geheiss des damaligen Bundespräsidenten mehr als ein halbes Jahr lang nicht protokolliert hat. Der Bericht deckt auch wesentliche Mängel in der Arbeit des Bundesrates auf. Bei den Empfehlungen zieht er aber unseres Erachtens die falschen Schlüsse.

Die Bundesräte tragen die Verantwortung gemeinsam. Der Bundesrat darf kein Wohlfühlgremium sein und kein Gremium von Einzelkämpfern, die einander nicht auf die Füsse treten wollen und die in solch wichtigen Fragen aus Angst davor, dass man sie später auf ihre Äusserungen behaften könnte, nicht einmal Protokolle machen lassen. Interessant ist, dass im GPK-Bericht auch die Protokolle der Finma fehlen. Die Finma ist ja Teil der externen Verwaltung. Die GPK versucht, die Verantwortung allein auf den Finanzminister abzuschieben. Dabei kam gerade auch dem EJPD eine ganz zentrale Rolle zu.

Ungenügend ist der Bericht für uns zum Beispiel bezüglich der Umstände, wie es im August 2009 zum Abschluss des Staatsvertrags mit den USA kam. Herr Wasserfallen, das ist und bleibt eine entscheidende Frage. Was hat den Bundesrat damals bewogen, gegen die schweizerische Rechtsordnung zu verstossen? Unklar ist auch, wieso die Vorsteherin des EDA, welche aus dem Kreis der Diplomaten in den USA ja anscheinend rechtzeitig vorgewarnt worden war, im Bundesrat nicht massiv interveniert hat.

Die heutigen Abläufe im Bundesrat genügen nicht. Der Bundesrat darf sich nicht mit Mitberichten seiner Mitglieder begnügen, die bloss unverbindliche Warnungen aussprechen und keine verpflichtenden Anträge einbringen. Anträge der Bundesräte sind wichtig, damit der Bundesrat um seine Positionen streiten kann. Wichtig ist auch, dass am Schluss über die Positionen abgestimmt wird und dass das protokolliert wird. Ich weiss, das ist den Bundesräten unangenehm, aber es ist entscheidend, dass es getan wird; dann wird die Arbeit der Bundesräte nämlich auch verpflichtend.

Es geht hier um die künftige Wahrnehmung der Führungsverantwortung durch unseren Bundesrat. Es geht nicht nur um den vergangenen Fall, sondern auch um künftige Fälle. Dazu braucht es keinen Ausbau der Institutionen. Glauben Sie wirklich, es hätte viel genützt, wenn Herr Bundespräsident Couchepin zwei Jahre lang Bundespräsident gewesen wäre? Dann hätten wir zwei Jahre ohne Protokoll gehabt!

Der Fall UBS ist der schwierigste Fall, den die Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg bestehen muss. Eine Rettungsaktion mit 6 Milliarden Franken aus der Staatskasse und 40 Milliarden Franken aus der Nationalbank zugunsten eines einzigen Instituts! Bei den nachrichtenlosen Vermögen ging es um weniger. Um viel weniger ging es auch bei den einzelnen Sachfragen, für welche in der Vergangenheit eine PUK eingesetzt wurde. Hier geht es um staatspolitisch und für unsere Wirtschaft höchst relevante Vorgänge.

Leider haben die GPK aus ihrer Analyse die falschen Schlüsse gezogen und es versäumt, als Ergänzung zu ihrem Bericht die Einsetzung einer PUK zur Aufklärung der noch offenen Fragen zu verlangen. Für die Aufklärung könnten die weiter gehenden Instrumente einer PUK hilfreich sein. Sie

sind weitgehender als all die Instrumente der GPK. Wir wollen vollständige Transparenz in dieser Sache. Wir können uns die Haltung der Mitteparteien nur damit erklären, dass sie einen Deckel auf diesen kochenden Topf setzen wollen, um ihre Exponenten zu schützen. Das nützt aber unserem Land nichts. Es geht darum, alles daranzusetzen, damit sich ein solcher Fall in Zukunft nicht wiederholt. Ich bitte Sie deshalb, dieser parlamentarischen Initiative Folge zu geben.

Rechsteiner Paul (S, SG): Bei dieser Debatte geht es um Vorgänge, die es in der Schweizer Geschichte und der Geschichte der Schweizer Volkswirtschaft überhaupt noch nie gab: Zweimal ist die UBS bekanntlich, wie im Krieg, am Parlament vorbei mit Notrecht gerettet worden. Noch immer sind die Grossbanken ein Grossrisiko für die Schweiz, aber die Konsequenzen aus den präzedenzlosen Vorgängen wurden bisher nicht einmal im Ansatz gezogen. Dafür braucht es vorerst eine rückhaltlose Aufklärung dessen, was passiert ist; der Bericht der GPK liefert eine solche nicht.

Es gibt im Bericht natürlich viele Fakten. So wissen wir jetzt, dass bei den grössten Entscheiden der jüngeren Geschichte nicht nur das Parlament systematisch ausgebremst wurde, sondern dass es auch im Bundesrat selber nicht anders war; dass im Zentrum der finanziell folgenschwersten Entscheidung, die es je gab, einzig eine politische Leerstelle namens Merz figurierte, wie der von ihm ernannte Präsident der Aufsichtsbehörde ein ehemaliger UBS-Mann – ein Szenario also, das, wenigstens für schweizerische Verhältnisse, in seiner Korruptiertheit jedes Vorstellungsvermögen sprengt. Wie anders war es doch noch, als mit Bundesrat Stich ein grossbankenunabhängiger Bundesrat im Finanzdepartement sass!

Der GPK-Bericht gipfelt in der Empfehlung 19, die darin besteht, die UBS selber um die Aufarbeitung der katastrophalen Vorgänge zu bitten. Ausgerechnet der UBS soll jetzt die Verantwortung für die Aufklärung übertragen werden; ausgerechnet der Bock soll zum Gärtner gemacht werden! Dieses Abschieben der Verantwortung an die UBS wäre nicht nur eine Kapitulation des Parlamentes und seiner Würde, es würde gleichzeitig auch noch die Subalternität der politisch Verantwortlichen auf der Stufe des Parlamentes auf die Spitze treiben, Herr Wasserfallen! Historische Kommissionen in Ehren, aber diese unglaublichen Vorgänge sind nicht Geschichte – noch nicht –, auch wenn es die Schuldigen und die Profiteure gerne so hätten. Diese Vorgänge sind Gegenwart, sie sind Teil des gegenwärtig laufenden politischen und wirtschaftspolitischen Dramas, dem sich das Parlament als oberste Gewalt im Staate nun zu stellen hat.

Der GPK-Bericht blendet die zentralen Fragen aus, vor allem diejenigen nach den Ursachen des Beinahekollapses der UBS. Wer von der UBS-Krise, den von Boni getriebenen Hochrisikogeschäften dieser finanziellen Höllenmaschine und den kriminellen Machenschaften der UBS-Manager nichts wissen will und davor einfach die Augen verschliesst, bekommt das Entscheidende nicht in den Blick. So blind, wie die Bankenaufsicht war, so blind ist auch die GPK, die sich ohne eigene Untersuchungen auf die Aufsicht stützt. Es ist doch kein Zustand, wenn man feststellen muss, dass die GPK mit Blick auf die UBS nicht einmal das zur Kenntnis genommen haben, was gutinformierte Journalisten inzwischen in gutbelegten Büchern geschrieben haben.

Wenn dieses Parlament bei der Aufklärung dieser gewaltigen Krise einen Bogen um die UBS macht, dann ist das so, als würde ein Dorf nach einer Brandkatastrophe nur über den Einsatz der Feuerwehr berichten, die Ursachen des Brandes aber nicht selber untersuchen. Kein Wunder, haben die GPK bei dieser Untersuchungsmethode auf die entscheidenden Fragen keine Antworten. Zur Frage der Abhängigkeit der Aufsicht von den Beaufsichtigten: null und nichts! Es ist ein starkes Stück, dass die GPK zur Demokratiefrage nichts zu sagen haben, nachdem der Staat zweimal zum Erfüllungsgehilfen privater Interessen degradiert worden ist. Weil so gewaltige wirtschaftliche und finanzielle Interessen im Spiel sind, braucht es für die Aufklärung das stärkste Mittel,

über das die Schweiz verfügt. Nur eine PUK hat die Untersuchungsmittel, die es braucht, damit sich das Parlament in dieser Frage durchsetzen kann.

Vor zwanzig Jahren kam es dank der PUK EJPD und der PUK EMD zur Aufdeckung der Geheimkammern der politischen Polizei bei den Fichen und der Geheimarmee. Das waren wichtige demokratische Aufbrüche für unser Land. Die Infiltration und die Geiselnahme des Staates durch eine Grossbank stellen aber die Skandale, die damals aufgedeckt worden sind, noch in den Schatten. Ohne eine PUK findet die Schweiz darauf keine Antworten, die den Notwendigkeiten entsprechen. Denn wir stecken heute in einer Staatskrise, in einer Krise der Demokratie, die es seit 1848 in dieser Form nie gegeben hat. Es kann und darf doch nicht sein, dass Geldinteressen in unserem Land alles korrumpieren und die Demokratie untergraben. Wenn die von Grossbanken abhängigen Parteien es jetzt zustande bringen, die Einsetzung einer PUK zu blockieren, dann fügt das Parlament in seiner derzeitigen Zusammensetzung der Schweiz einen nichtwiedergutzumachenden Schaden zu. Es geht dabei nicht einfach um die Vergangenheit, sondern um die Zukunft der schweizerischen Demokratie.

Wasserfallen Christian (RL, BE): Sie haben jetzt einfach so behauptet, es seien rein private Interessen, trotzdem reden Sie immer von systemrelevanten Banken; das ist ein kleiner Widerspruch, nur nebenbei.

Warum kritisieren Sie die GPK so scharf, die diesen Bericht einstimmig – auch mit dem Zutun der Mitglieder aus Ihrer Fraktion – unterstützt haben?

Rechsteiner Paul (S, SG): Wenn Sie hier behaupten, dass die Mitglieder der SP-Fraktion und die Mitglieder der grünen Fraktion diesen Bericht in dieser Form unterstützt hätten, in dem Sinne, dass die Untersuchung vollständig sei und keiner Ergänzung bedürfe und dass keine PUK eingesetzt werden müsse, sagen Sie einfach die Unwahrheit. Der Bericht der GPK hat einiges aufgedeckt und einiges gezeigt, was die Funktionsweise des Bundesrates betrifft. Er hat damit einige wertvolle Informationen geliefert, die auch als Basis für die Arbeit einer PUK dienen können. Die entscheidende Frage aber, nämlich die Frage nach der Abhängigkeit unserer politischen Institutionen und der Abhängigkeit der Aufsichtsbehörde von den Kontrollierten, wurde im Bericht nicht einmal gestreift.

Eichenberger-Walther Corina (RL, AG), für die Kommission: Die Voten haben gezeigt, dass der Bericht mit Interesse gelesen worden ist. Es ist ja schon eine Herausforderung gewesen, das innert so kurzer Zeit zu tun.

Es ist ja immer möglich, im Nachgang noch mehr auszu-leuchten. Zudem sind Zusatzfragen absolut legitim. Ob die Zusatzfragen allerdings einen Mehrwert bringen, ist fraglich. Nachdem die beiden GPK, insbesondere die hier relevante GPK-NR, die Empfehlung zur Einsetzung einer PUK abgelehnt haben, gilt es doch einiges festzuhalten. Eruiert wurden folgende Problemkreise: die Arbeitsweise des Bundesrates und der Finma, die Krisenfähigkeit, das Frühwarnsystem, die Fähigkeit, zur richtigen Zeit Strategien zu entwickeln, die Zusammenarbeit zwischen der Finma und der Schweizerischen Nationalbank, die Zusammenarbeit der anderen Behörden. Als Problemkreis, es wurde bereits erwähnt, wurde unter anderem speziell die Zusammenarbeit dargestellt bzw. die Abhängigkeit der Finma von den Daten und Informationen, die sie von der UBS erhalten hat. Die Empfehlungen sind diesbezüglich sehr konkret. Es entstanden aus der Eruiierung dieser Problemkreise 19 Empfehlungen, 5 Motionen und 2 Postulate. Das Wichtigste ist doch jetzt die schnelle Umsetzung.

Zur Transparenz in Bezug auf die Geschehnisse bei der UBS und die Verantwortlichkeit der Führungspersonen: Es ist unbestritten, dass die UBS die Verursacherin der beiden gravierenden Probleme ist. Allerdings besteht der Auftrag – ich habe das schon in meinem Eintretensreferat erwähnt – für die GPK und allenfalls auch für eine PUK gemäss Verfas-

sung und Parlamentsgesetz darin, das Behördenverhalten zu untersuchen. Deshalb kann das Ziel, Transparenz bei den Vorgängen innerhalb der UBS herzustellen, gar nicht erreicht werden. Die Arbeitsgruppe hat verantwortliche Personen der UBS befragt, um damit auch das Behördenverhalten genauer zu beleuchten; sie musste aber feststellen, dass sie keine Möglichkeit hat, auf die UBS und auf die Untersuchungen innerhalb der UBS direkt Einfluss zu nehmen. Das hat aber auch eine allfällige PUK nicht. Trotzdem haben die beiden GPK nach intensiver Diskussion die Empfehlung 19 ausgearbeitet, die verlangt, dass Transparenz innerhalb der UBS geschaffen und auch Aussagen über die Verantwortlichkeit der Führungspersonen gemacht werden. Nur so können diese Personen zur Verantwortung gezogen werden.

Erwähnt wurden in den Voten auch Verbindungen zwischen der Finma, dem Vorsteher des EFD und der UBS. Hierzu hat die Arbeitsgruppe den verschiedenen Personen Fragen gestellt, persönliche Fragen und Fragen in Beziehung zu ihrem Amt. Es konnten keine Verbindungen festgestellt werden, die die Resultate beeinflusst haben.

Es wurde auch angesprochen, dass Herr Bundesrat Merz eine Geschäftsbeziehung zur UBS hat. Wie die Kommission festgestellt hat, hat Herr Bundesrat Merz 1976 im Mandatsverhältnis für die UBS gearbeitet, und zwar im Ausbildungszentrum der UBS. Nach seinen Aussagen hatte er danach nie mehr so direkt mit der UBS zu tun.

Auch die Beziehungen von Herrn Haltiner mit der UBS wurden angesprochen. Er bekleidete dort ein Amt im Rahmen der Geschäftstätigkeit in der Schweiz. Als sogenannter Vice-Chairman trug er nach seinen Aussagen nicht direkte Verantwortung für das Geschäft in der Schweiz, sondern pflegte vor allem den Kontakt zu grossen Kunden. Herr Haltiner trat zwischen August und November 2008 bei der Untersuchung der Kundendaten der UBS in den Ausstand – dies ist dokumentiert –, weil er auf einem Verteiler eines alten Mails erwähnt war. Dies geschah auf Anraten des Chefs des Rechtsdienstes der Finma. Wegen diesen Verbindungen und der Abhängigkeit der Finma von den Informationen der UBS entstand die Empfehlung 10, die die Finma verpflichtet, die Rolle der für die illegale Geschäftstätigkeit in den USA Verantwortlichen nochmals zu untersuchen.

Nun nochmals zu den Unterlagen, die die Arbeitsgruppe zur Verfügung hatte. Es wurde verschiedentlich gesagt, eine PUK habe die Möglichkeit, Einblicke in noch mehr Unterlagen zu erhalten, die dem Bundesrat zur Entscheidungsfindung dienten. Hierzu gilt es zu sagen, dass die Arbeitsgruppe sämtliche Dokumente eingesehen hat, die vorhanden waren. Wenn es keine Dokumente gibt, kann man auch keine Einsicht erhalten. Sie wissen ja, es ist im Bericht auch dokumentiert, dass ab September 2008 in Bezug auf das UBS-Geschäft keine Protokollnotizen mehr gemacht worden sind. Also gibt es auch keine Dokumente, in die Einsicht genommen werden könnte, mit Ausnahme der Chronologie, die die Bundeskanzlei angelegt hatte, und diese lag der Arbeitsgruppe vor.

In Bezug auf die Möglichkeit einer PUK, Zeugen einzuvernehmen, hiess es richtigerweise, dass Zeugen im Gegensatz zu Auskunftspersonen unter Strafandrohung aussagen und zur wahrheitsgemässen Aussage verpflichtet sind. Allerdings darf damit nicht, wie dies in einem Votum geschehen ist, unterstellt werden, dass die von der Arbeitsgruppe angehörten Personen nicht die Wahrheit gesagt hätten.

Sämtliche vorgeladenen Personen sind, mit einer einzigen Ausnahme, erschienen. Die Person, die nicht erschienen ist, konnte einen triftigen Grund angeben. Sämtliche Personen haben alle Fragen bereitwillig beantwortet. Es wurden auch Konfrontationen mit Widersprüchen aus anderen Aussagen und aus Dokumenten durchgeführt. Sämtliche Folgerungen daraus sind in den Bericht eingeflossen.

Zusammenfassend darf gesagt werden, dass die Arbeitsgruppe einen vertieften, detaillierten Einblick in die Tätigkeiten der involvierten Behörden erlangte und dass ihr dies die Möglichkeit gab, die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen, die dann eben in die Empfehlungen eingeflossen sind.

Veillon Pierre-François (V, VD), pour la commission: Permettez-moi de revenir sur quelques points qui viennent d'être évoqués dans ce débat, d'abord – et ce sera le premier point – sur les critiques faites à l'encontre de la Commission de gestion par deux conseillers fédéraux qui se sont exprimés dans la presse dominicale. Je serai très clair: les deux conseillers fédéraux citent des corapports. Ce sont donc des documents que les départements envoient pour la séance du Conseil fédéral. Les deux corapports qui ont trait notamment à la séance du 18 février 2009, lorsque le Conseil fédéral a pris la décision de permettre à la FINMA de transmettre ces documents aux Etats-Unis, ont été traités dans le cadre de notre rapport. Il en va de même pour le corapport du Département fédéral des affaires étrangères, qui a trait au secret bancaire. J'aimerais dire ici officiellement, aux conseillers fédéraux et à vous-mêmes, que ces corapports ont été pris en considération.

Par contre – et c'est peut-être là qu'il y a une ambiguïté –, il est clair que, dès le printemps 2009, soit après la période d'examen de notre enquête, les conseillers fédéraux ont à plusieurs reprises édité des corapports dans le cadre du développement de cette affaire, de la préparation de la révision de la convention de double imposition. On était là hors du champ de notre enquête, donc on n'avait pas à s'intéresser à ces rapports.

Le deuxième point concerne les documents. Et là, j'aimerais être également extrêmement clair. Il est totalement faux de prétendre ici que la Commission de gestion n'a pas eu accès à tous les documents. La Commission de gestion a eu accès à absolument tous les documents, y compris les procès-verbaux du Conseil fédéral – j'y reviendrai –, y compris tous les «documents verts» du Conseil fédéral, c'est-à-dire tous les documents sur lesquels le Conseil fédéral s'est basé pour prendre une décision. Par conséquent, prétendre maintenant que la Commission de gestion n'a eu accès qu'à une partie des documents, c'est tout simplement faux!

S'agissant des procès-verbaux du Conseil fédéral, il y a effectivement eu une période sans procès-verbaux au sein du Conseil fédéral. Nous avons eu accès à des notes que la chancellerie de la Confédération a prises lors de ces séances. Ce sont des notes assez détaillées; ce sont des notes qui abordent, séance après séance, sous forme de procès-verbal, ce que les conseillers fédéraux ont dit. Mais il est clair que nous avons dû, dans nos entretiens avec les conseillers fédéraux, également faire des recoupements pour voir exactement comment les choses s'étaient passées.

Une autre critique concerne la dépendance de la FINMA vis-à-vis d'UBS. Vous constatez que, dans le rapport, les Commissions de gestion se sont intéressées à cette question et qu'elles ont investigué en ce sens. Nous avons critiqué clairement la dépendance de la FINMA vis-à-vis d'UBS. D'abord, nous avons critiqué les collectes d'informations qui provenaient exclusivement de la banque. Il y a eu également à plusieurs reprises des injonctions de la Commission fédérale des banques à UBS, qui n'ont pas été prises en compte par UBS. Enfin, pour faire son enquête sur les dossiers fiscaux américains qu'elle a menée entre mai et décembre 2008, la Commission fédérale des banques s'est beaucoup trop basée sur un rapport interne qu'UBS avait mandaté sur la même question pour rédiger son rapport final, et les CdG ont critiqué cette manière de faire.

Un autre point sur lequel j'aimerais revenir, c'est que la Commission fédérale des banques, dans les conclusions de son rapport, dit textuellement qu'elle n'a eu aucune indication selon laquelle les hauts cadres d'UBS auraient été au courant des agissements de la banque aux Etats-Unis. Nous avons eu, par les entretiens que nous avons menés avec la Commission fédérale des banques, l'occasion de remarquer que ce n'était pas une priorité dans l'enquête, que des procès-verbaux n'avaient pas été établis, que de simples entretiens informels avaient eu lieu. C'est pourquoi nous avons fait une recommandation, la recommandation no 10, par laquelle nous demandons formellement à la FINMA de revoir cette question, d'étudier en profondeur de quelle manière les ca-

dres d'UBS étaient ou non au courant des agissements de leur banque aux Etats-Unis.

Nous avons parlé aussi des connivences entre UBS, le Conseil fédéral et la FINMA. Nous avons investigué sur cette question, en particulier dans les entretiens que nous avons eus avec les membres d'UBS, avec les conseillers fédéraux et les représentants de la FINMA. Madame Eichenberger a précisé qu'effectivement, Monsieur Merz, en 1976, avait eu un mandat dans le cadre du centre de formation d'UBS. Monsieur Merz, conseiller fédéral, nous a bien précisé qu'il n'avait plus eu aucun rapport de ce type avec UBS par la suite. Nous avons aussi discuté avec Monsieur Haltiner, ancien collaborateur d'UBS, et c'est à ce titre qu'il a été auditionné. Monsieur Haltiner s'est récusé pendant la période d'août à novembre 2008. Madame Eichenberger vous a expliqué pourquoi. Finalement, sur cet aspect qui a été analysé, les commissions parviennent à la conclusion qu'il n'y a pas de critiques à formuler.

Un autre point se rapporte aux questions supplémentaires que vous souhaiteriez voir débattues, ainsi qu'à l'extension de la période d'enquête qui commencerait à partir de 2005 déjà et qui irait au-delà de février 2009. Ces questions et cette extension de période sont parfaitement légitimes, mais je me demande quelle plus-value cela apporterait au traitement de ce dossier. Finalement, l'enquête des Commissions de gestion fait le tour des questions essentielles qui nous préoccupent, tire les conclusions politiques et présente les propositions nécessaires pour corriger ce qui doit l'être. On a parlé d'une prochaine crise, du fonctionnement du Conseil fédéral. Ce sont tous des éléments sur lesquels il faut mener des réformes. Donc, ces questions supplémentaires ne devraient en tout cas pas nous empêcher d'agir rapidement. Permettez-moi encore un mot sur la recommandation adressée à UBS. Pour les Commissions de gestion, tout en sachant que l'on dépasse là le cadre ordinaire de la haute surveillance, le caractère systémique d'un établissement implique deux choses: c'est non seulement un devoir pour l'Etat de le soutenir, si c'est nécessaire, mais c'est également un devoir pour cet établissement d'avoir toute la transparence vis-à-vis du public. C'est sur la base de cette réflexion que nous avons fait cette recommandation no 19 qui demande à UBS et au Conseil fédéral de s'organiser de manière à avoir toute la transparence nécessaire sur la gestion interne de la crise d'UBS.

Enfin, s'agissant de la commission d'enquête parlementaire, la position des Commissions de gestion a toujours été très claire. Souvenez-vous qu'en mars 2010, je vous avais dit: «Laissez les Commissions de gestion terminer leurs travaux. Vous jugerez après sur pièces, sur la base du rapport, si une commission d'enquête parlementaire est nécessaire ou pas.» Alors, j'aimerais simplement préciser qu'au sein des Commissions de gestion, lors de la dernière séance plénière, une proposition a été présentée visant à ce que lesdites commissions demandent elles-mêmes l'institution d'une commission d'enquête parlementaire. Cette proposition a été rejetée par 13 voix contre 5 et 3 abstentions par les représentants du Conseil national et par 8 voix contre 1 par les représentants du Conseil des Etats.

Pour les Commissions de gestion, il est important de s'attacher rapidement à la mise en œuvre des 19 recommandations, des 5 motions et des 2 postulats qui sont présentés. Le temps avance rapidement. Il y a deux «fenêtres» qui sont ouvertes cette année: le gouvernement nous propose une réforme du gouvernement à la fin du mois de juin; il y a le rapport d'experts qui porte sur tout ce qui a trait à la crise financière.

Le temps passe vite, et je suis d'avis que, si on instaure une commission d'enquête parlementaire, on pourrait très bien se retrouver en stand-by pendant un certain temps.

Je vous invite donc, au nom des Commissions de gestion, à mettre en place tout ce qui est possible pour mettre en œuvre rapidement ces recommandations.

Präsidentin (Bruderer Wyss Pascale, Präsidentin): Wenn ich Sie auf den Lärmpegel im Saal aufmerksam mache, dann

nicht nur, weil es so für mich und für uns hier im Saal schwierig ist, die Stimmen mitzuverfolgen. Es gibt auch Anwesende auf den Tribünen, die mit Interesse verfolgen, was hier debattiert wird, und auch interessierte Bürgerinnen und Bürger zu Hause vor dem Fernseher. Auch dort stören die Hintergrundgeräusche. Ich möchte Sie wirklich auf den Lärm aufmerksam machen. Es ist im Interesse von uns allen, dass jene, die Interesse an dieser Debatte haben, sie auch wirklich mitverfolgen können. Ich danke für Ihr Verständnis und appelliere an die Eigenverantwortung von uns allen.

Graf-Litscher Edith (S, TG), für das Büro: Im Namen des Büros bedanke ich mich bei Ihnen für die engagierte Debatte. Ich denke, die Meinungen sind gemacht, deshalb kann ich mich kurzfassen.

Die zentrale Frage, die sich uns stellt, ist: Kann eine PUK mehr Licht ins Dunkel bringen oder eben nicht? Im Namen der Mehrheit des Büros bitte ich Sie, nicht auf halbem Weg stehenzubleiben. Den GPK sind Grenzen gesetzt. Nur eine PUK kann effektiv Klarheit schaffen. Das ist eine Tatsache, auch wenn das nicht alle Votanten vorhin so sehen wollten. Nur eine PUK kann restlose Klärung bringen und vor allem auch die Rolle der damaligen UBS-Verantwortlichen transparent machen.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der Mehrheit des Büros, nicht auf halbem Weg stehenzubleiben und der parlamentarischen Initiative zur Einsetzung einer PUK Folge zu geben.

Parmelin Guy (V, VD), pour le Bureau: Nous arrivons au terme de ce long débat sur l'opportunité d'instituer une CEP. Je crois – ma collègue vient de le dire aussi – que les fronts sont figés, les convictions des uns et des autres définitivement arrêtées. Plus de la moitié des membres de la Commission de gestion du Conseil national sont venus préciser à cette tribune certains aspects du travail effectué, pour conclure soit à la nécessité d'une commission d'enquête parlementaire, soit au contraire à son inutilité.

Par rapport aux convictions initiales du Bureau sur le sujet – aussi bien pour la majorité que pour la minorité, d'ailleurs –, je crois pouvoir dire qu'aucun élément évoqué ce matin dans ce conseil n'est susceptible d'avoir changé les opinions des uns ou des autres sur le sujet.

Je me contente donc de vous rappeler que le Bureau, par 7 voix contre 4 et 2 abstentions, s'est prononcé en faveur de l'institution d'une CEP. Je vous invite donc à soutenir la proposition de la majorité du Bureau.

10.054

Präsidentin (Bruderer Wyss Pascale, Präsidentin): Die GPK beantragt Ihnen, vom Bericht Kenntnis zu nehmen. Es liegt kein anderer Antrag vor.

*Vom Bericht wird Kenntnis genommen
Il est pris acte du rapport*

10.401

*Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.401/4117)
Für Folgegeben ... 123 Stimmen
Dagegen ... 57 Stimmen*